

Korrespondenz

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug • Das Einzelrezept 15 Pf. ohne Porto • Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend • Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreißundstr. 3

68. Jahrgang

Berlin, den 6. Dezember 1930

Nummer 98

Zur Wirtschafts- und Tarifpolitik des Deutschen Buchdrucker-Bereins

5. Schlusswort

Unsre Streifzüge durch die Wirtschafts- und Tarifpolitik des Deutschen Buchdrucker-Bereins in den Nr. 83, 85, 86, 88, 90, 92 und 94 des „Korr.“ haben leider keinen befriedigenden Ausblick auf eine auch den beruflichen und wirtschaftlichen Interessen unserer Kollegenchaft dienende gewerbliche Wirtschaftsführung aus Vergangenheit und Gegenwart für die Zukunft gewinnen lassen. Das braucht nicht persönlich nach der einen oder anderen Seite gewertet zu werden. Denn es liegt sowohl „wissenschaftlich“ wie juristisch und praktisch im Wesen des sogenannten Spätkapitalismus, daß er nach und nach in konsequenter Entwicklung, d. h. aus seinen eigenen Ursachen und Wirkungen, vor eine höhere wirtschafts- und sozialpolitische Synthese gestellt worden ist. Das ergibt sich sowohl aus dem ganzen Zusammenhang der privatkapitalistischen Wirtschaftsform wie aus der Entwicklungsgeschichte unseres engeren Gewerbes.

Es gilt dies in gleicher Weise für die Wirtschafts- und Tarifpolitik des Deutschen Buchdrucker-Bereins wie für den Aufgabenkreis unseres Verbandes. Alles was durch die Kraft und den inneren Aufbau des letzteren im Laufe der Zeit an Mitbestimmungsrecht im Produktionsprozeß, an Sicherung eines Minimums der Lebenshaltung als Gegenleistung einer vernünftigen und erträglichen Arbeitsleistung für die Arbeiterchaft erzielt werden konnte, ist von den Vertretern des Unternehmertums in unserem Gewerbe niemals freiwillig oder aus eigener Erkenntnis sozialer und wirtschaftlicher Notwendigkeit zugestanden worden, sondern immer nur unter scharfer Abwägung der beiderseitigen Machtverhältnisse zwischen Kapital und Arbeit. Im Rahmen der verschiedenen Kapitel dieser Auseinandersetzung haben wir dies mit aller Deutlichkeit nachweisen können. Einen Rückblick können wir uns angeht, der in neuerer Zeit im Prinzipalsorgan lautgewordenen Ans- und Abhängigkeiten hinreichend kommender Dinge, die in gleicher Richtung liegen, ersparen. Die am 15. Dezember beginnenden Lohnverhandlungen werden unsern Vertretern sowie noch genügend Gelegenheit bieten, alle in Frage kommenden Möglichkeiten einer weiteren Sicherung der Arbeits- und Lohnverhältnisse der Arbeiterchaft unseres Gewerbes im Bewußtsein ihrer hohen Verantwortlichkeit an zuständiger Stelle zur Geltung zu bringen; und zwar nicht zuletzt auch im Interesse derjenigen Kollegen, die infolge Versagens der privatkapitalistischen Wirtschaftsform außerhalb der Betriebe stehen. Daher kann es sich hier nur noch darum handeln, einige Kontroversen, die in letzter Zeit im Prinzipalsorgan unter teils offener, teils verdeckter Begünstigung auf unsere bisherige Stellungnahme zur wirtschafts- und tarifpolitischen Lage aufgeworfen wurden, nicht unbeantwortet zu lassen.

Da kommt zunächst als deutlicher Beweis eines sehr schlechten Gewissens auf Unternehmerseite ein Artikel in Nr. 95 der „Zeitschrift“ vom 28. November unter dem Titel „Denunziation oder ein Ablenkungsmanöver des „Korr.“ in Frage. Der Verfasser dieses Aufsatzes mit dem Signum „Ecardt“ beurteilt danach unsre in Nr. 92 dem Reichsarbeitsminister gegebene Anregung, sich bei eventueller Inanspruchnahme seiner Dienste zu dem vom Deutschen Buchdrucker-Berein erstrebten Lohnabbau auch im Buchdruckgewerbe einmal etwas näher über die kurzfristige Kapitalverfälschung durch höchst überflüssige Ausweitung des Produktionsapparates in unserm Gewerbe zu informieren, als etwas, „was nach Denunziation aussieht“. Wenn dies zutreffend wäre, dann könnten wir alle noch zu erwartenden Argumente von

Unternehmerseite vor dem Reichsarbeitsminister, die nach ihrer Auffassung für die Gehilfenschaft einen Lohnabbau rechtfertigen sollten, gleichfalls von vornherein als Denunziationen diffamieren. Wir tun dies aber nicht, weil man eben auch dem Gegner nicht vor vornherein den guten Glauben an die Zuverlässigkeit seiner Abwehrmethoden streitig machen soll. Immerhin beweist die Charakterisierung eines in den tatsächlichen Verhältnissen und von maßgebender Unternehmerseite selbst schon hundertfach bestätigten Arguments als „Denunziation“, daß man auf Prinzipalsseite von einer solchen Beweiserhebung allerhand zu fürchten hat. Denn eine Denunziation kann doch nur dann gefährlich sein, wenn sie auf Tatsachen beruht und insfolgedessen das Gesichtsfeld wesentlich zuungunsten der zu verteidigenden Sache verschieben könnte. Wir freuen uns daher, daß auch „Ecardt“ in dieser Richtung aus seinem Herzen keine Würbergrube machte, sondern wider Willen bestätigt hat, daß wir durch unsre Kennzeichnung der sehr erheblichen Kapitalzerstörung durch kurzfristige Überlegung des Produktionsapparates auch im Buchdruckgewerbe einen Fehlerkreis berührt haben, der dem Reichsarbeitsminister im einseitigen Unternehmerinteresse nach Möglichkeit verborgen bleiben sollte. Die des weiteren von „Ecardt“ versuchte gegenseitige Beweisführung durch Berufung auf das Vorhandensein vieler alter Seg- und Druckmaschinen oder sonstiger rückständiger Produktionsmittel hinft auf allen Nieren. Denn einmal sollten alle derartigen Behälter längst abgeschrieben sein und haben sich auch zweifellos schon längst weit über ihre Kosten hinaus bezahlt gemacht, so daß deren Weiterverwendung trotz herabgesetzter Leistungsfähigkeit nur weniger rentabel ist als neue und bessere Produktionsmittel. Und zum ändern beweist gerade das Bestreben des Deutschen Buchdrucker-Bereins, die Ausmerzung alter Maschinen durch das sogenannte Verschrottsabkommen mit fast allen Maschinenfabriken und mit Hilfe von Zuschüssen der Berufsgenossenschaft zu begünstigen, daß eine Berufung auf Belastung durch veraltete Produktionsmittel doch nicht mehr ganz zeitgemäß ist und auf erhebliche kaufmännische Rückständigkeit der betreffenden Altmaschinenbesitzer schließen läßt; wozu auch die Rückständigkeit bei Anschaffung reparierter Altmaschinen gehört. Es ist anzunehmen, daß „Ecardt“ zu solchen Fehlspekulationen zu zählen ist; denn sonst hätte ihn unser Hinweis auf die außerordentliche Erweiterung (nicht nur Stabilisierung) des Produktionsapparates kaum so auffällig aus dem Häuschen bringen können. Wir bleiben also dabei, daß es sich bei unserm Hinweis auf diese Seite der gewerblichen Kapitalverwertung weder um eine Denunziation und noch weniger um ein Ablenkungsmanöver handelt, sondern um eine pflichtgemäße Tatsachensfeststellung, die zwar den Unternehmern unangenehm zu sein scheint, aber doch deutlich erkennen läßt, daß man noch lange nicht so arm ist, wie man es in ebenso kurzfristiger Weise alle Welt glauben machen möchte. Auf die weitere Polemik von „Ecardt“ gegen die Forderung einer zeitgemäßen Arbeitszeitverkürzung zwecks Wiedereinschaltung der Arbeitslosen in den Produktionsprozeß hier noch tiefer einzugehen, dürfte keinen praktischen Wert haben. Im Gegensatz zu Unternehmern, die eine solche Lösung der Arbeitslosenfrage im wohlverstandenen Interesse der gesamten Wirtschaft sehr wohl für möglich halten, sieht „E.“ nur in einer Verbilligung der Produktion die einzige Rettung. Er will „mehr und billigere Arbeit“ und sieht in einer „Verteuerung und weniger Arbeit“ nur eine Aufschüchtlung der Begehrlichkeit. Wir sind der Meinung, daß wer nur in mehr und billigerer Arbeit anderer Menschen seine letzte Rettung erblickt, an Begehrlichkeit nichts zu wünschen übrig läßt und zugleich Verteidiger eines Systems ist,

über das kürzlich Erzbischof Kordac von Prag (also nicht der „Korr.“) folgendes Urteil fällt: „Wir leben im Zeitalter des Egoismus und der Entartung. Diese allgemeine Entartung ist die Auswirkung des unmoralischen und unproduktiven Kapitalismus der einzelnen Ausbeuter und Spekulanten. Das ganze Kapital ist die Frucht der produktiven Arbeit der Arbeiterhände und der Intelligenz der Angestellten, und es ist, anstatt dem Fortschritt zu dienen, zu der Hauptursache der Verarmung und Entartung geworden!“ Dieses erzbischöfliche Urteil über das von uns nicht weniger kritisch zu beurteilende Wirtschaftssystem, das hier in Frage kommt, bedarf zunächst keiner weiteren Begründung.

Daß bei dieser Verherrlichung antimarxistischer Wirtschaftsbegriffe auch der den Lesern des „Korr.“ schon zur Genüge bekannte Strategie und Generalsekretär des Vereins Berliner Buchdruckerbestiller Fr. W. Schmidt nicht fehlen darf, ist wohl selbstverständlich. Der gute Mann hat der deutschen Kollegenchaft schon so manche feitere Stunde bereitet, daß wir es als eine Unterlassungsünde betrachten müßten, wenn wir an seinem Eifer, seine arbeitersyndikalistischen Gedankengänge in den Spalten der „Zeitschrift“ auszuwaschen, achlos vorübergehen würden; zumal uns dadurch die Möglichkeit gegeben wurde, unser Schlusswort so nahe wie möglich an kommende Dinge heranzubringen. Zunächst sei registriert, daß Herr Fr. W. Sch. in Nr. 96 des Prinzipalsorgans vom 2. Dezember in einer „Abschließenden Betrachtung“ der von ihm in erster Linie angezielten, aber schon im ersten Anlauf vor dem Berliner Arbeitersgericht verunglückten Prinzipalsklage (vgl. Nr. 82 des „Korr.“ vom 11. Oktober d. J.) gegen unsern Verband bzw. dessen Gauverein Berlin ein Begräbnis erster Klasse bereitet hat; obwohl schon die prinzipalsseitige Berufungsklage gegen das „obliegende“ Urteil beim Landesarbeitsgericht eingereicht war. Mit mehr Krampf als Kampfesmut stellte Fr. W. Sch. fest, daß nach wie vor über die Lohnbegriffe hüben wie drüben verschiedene Auffassungen bestehen; was selbstverständlich nicht erst gerichtlich zu beweisen war. Im übrigen tröstet er sich über die 7/8-Bewertung der prinzipalsseitigen Auffassung in dieser Frage mit der Begründung, wonach seine „gelbe Zettel-Aktion“ nicht tarifwidrig gewesen sei. Dieser Spatz sei ihm nicht verüßelt. Er beweist einen seltenen Rechtfertigungsdrang in Streitfragen, deren Erledigung er sich zweifellos vorher anders vorgestellt haben dürfte.

Etwas anders ist es dagegen mit einem weiteren Artikel aus der rauffustigen Feder des Herrn Fr. W. Schmidt unter der Überschrift „Die Augen auf!“ in Nr. 94 der „Zeitschrift“ vom 25. November dieses Jahres. Im ersten Teil quält er sich mit abwegigen privatkapitalistischen Spekulationen auf das Seelenheil der Lehrlinge und mit eifriger überreizter Zensurgelüsten gegenüber dem „Sungbuchdrucker“, was ihm ohne weiteres geschenkt sein soll; obwohl es nicht schwer wäre, ihm den Vorwurf einer irreführenden Verherrlichung der Handwerkskammern gegen die Fachauschüsse im Buchdruckgewerbe zu machen. Aber da es ihm sowieso schon den Schlaf zu rauben scheint, daß nach seinen eignen Worten diese „Elemente“ (die Buchdruckerlehrlinge nämlich) „alsdann von der Lehrlingsabteilung der Buchdruckerberufsgenossenschaft sofort in die gewerkschaftliche Bewegung aufgenommen werden“, möchten wir die Sache weder tragischer noch humoristischer beurteilen. Fr. W. Schmidt macht sich eben Sorgen in den meisten Fällen, wo es sich um Selbstverständlichkeiten handelt. Direkt vom Stuhl gefallen zu sein scheint aber Herr Fr. W. Schmidt bei der Lektüre des aus Mitgliebertreuen stammenden Artikels „Arbeitszeitverkürzung — Utopie oder Notwendigkeit?“ in Nr. 89 des „Korr.“ vom 5. November dieses Jahres. Denn er brauchte beinahe vier Wochen,

um sich davon zu erholen und dann dagegen losgehen zu können. Die Ansicht des Verfassers des betreffenden Artikels, daß

„die Arbeiterschaft und auch unsere eignen Kollegen ein Arbeitstempo angenommen haben, das in solchem Maße nicht immer notwendig ist und gleichsam eine Konturrenz unzulässigster Art untereinander großzieht, und daß auch hier Selbstbestimmung und Selbstbestimmung sehr am Platze wäre.“

ging und geht dem Herrn Fr. W. Schmidt wohl auch heute noch über die Helmspitze. Nach seiner Ansicht heißt das „doch nichts anderes als die Aufforderung zur Arbeitszurückhaltung, heißt Sabotage!“ Gemach, Herr Ritter von der Sparte der Generalsekretäre! Sabotage und Arbeitszurückhaltung sind zunächst zwei ganz verschiedene Paar Stiefel. Arbeitszurückhaltung kann bedeuten: wie der Lohn, so die Arbeit; Sabotage aber heißt willkürliche Zerstörung von Produktionsmitteln, die, wenn sie tatsächlich vorgekommen ist, durch den Strafrichter geahndet werden kann. Herr Fr. W. Schmidt unterstellt also dem betreffenden Artikelschreiber eine strafbare Anregung. Das ist weder sachlich noch unter anständigen Gegnern üblich. Den Vorwurf des Herrn Fr. W. Schmidt, daß wir „eine solche Ungeheuerlichkeit“ widerspruchsflos veröffentlicht hätten, weisen wir daher als durchaus unberechtigt zurück.

Wesentlich anders liegt es dagegen mit der in dem betreffenden Artikel des „Korr.“ vertretenen Ansicht über die heutige Arbeitsweise und deren Tempo. Wir machen gar kein Hehl daraus, daß wir in dieser Beziehung einer Meinung mit dem Verfasser des Artikels in Nr. 89 des „Korr.“ sind. Hier handelt es sich um eine Frage, in der uns seit längerer Zeit, und zwar zunehmend mit der Entlassung auch der letzten gerade noch zu entbehrenden Arbeitskräfte in den Betrieben, mehr als genug Zuschriften aus unserm Leserkreis zugehen, die ähnliche und noch viel weitergehende Gedanken in gleicher Richtung enthalten. Schon im Leitartikel der Nr. 85 vom 22. Oktober haben wir diesbezügliche Andeutungen mit folgenden Sätzen gemacht:

„Unter den heutigen Verhältnissen besteht auch im deutschen Buchdruckgewerbe gar keine Möglichkeit, die Anrentabilität seines überlegten Produktionsapparates durch Lohnsenkungen zu sanieren. Denn dies würde nur eine Entwertung der bisherigen Arbeitsleistungen bedeuten; die unter gleichzeitiger Senkung der Kaufkraft auch die Arbeitsleistung in gleichem Verhältnis reduzieren müßte.“

Nicht allein persönliche Kenntnis der im Arbeitsprozeß mitschwingenden Imponderabilien, sondern auch die vielfachen schon erwähnten Zuschriften, die sich inzwischen in früher nie gekannter Weise vermehrt haben, drängten uns zur Niederschrift dieser Zeilen. Nur die Erwägung, daß es schließlich doch noch andere Möglichkeiten bei den bevorstehenden Lohnverhandlungen zu einer besseren Lösung der in Betracht kommenden Streitfragen geben könnte, hat uns davon abgehalten, diese an sich ganz natürliche Reaktion aus den Tiefen des Arbeiterlebens gegenüber den Angriffen des Unternehmertums auf die Lebenshaltung der Arbeiterschaft etwas deutlicher zu Worte kommen zu lassen. Aber der neuste Geniestreich des Generalsekretärs des Vereins Berliner Buchdruckereibesitzer, der keine Spur des Erkennens der psychologischen Rückwirkungen der gegenwärtigen einseitigen Begehrlichkeitspsychose des Unternehmertums auf dem Lohngedanken verrät, zwingt uns dazu, nochmals darauf aufmerksam zu machen, daß Lohnhöhe und Arbeitsfreudigkeit untrennbare Dinge sind; und zwar für den einfachsten Tagelöhner bis zum höchstbezahlten Wirtschaftsführer; wobei gerade die Letzteren in dieser Richtung und Beziehung durch ihr eignes „einnehmendes“ Wesen der gesamten Arbeiterschaft den aufreizendsten Anschauungsunterricht geben. Wir wissen wohl, daß es sich dabei für die gesamte Wirtschaft und damit auch für die Arbeiterschaft um zweifelhafte Dinge handelt. Aber sie sind nicht gefährlicher und moralisch auch nicht unberechtigter als jene, die darauf abzielen, dort noch mehr wegzunehmen, wo der bisherige Lohn aus ethischer Arbeit kaum zum Leben ausgereicht hat. Wir wünschen nicht, daß dieses gefährliche Problem durch die kommenden Lohnverhandlungen weitere Nahrung erhält. Aber unsere arbeitslosen Kollegen haben ein moralisches Recht auf Wiedererhaltung ihrer Arbeitskräfte in den Produktionsprozeß, und alle schaffenden Kräfte unseres Gewerbes haben Anspruch auf gerechte Verteilung der mit ihrer Kopf- und Handarbeit geschaffenen Ertragnisse. Nur wenn sich die Wirtschafts- und Tarifpolitik auch des Deutschen Buchdrucker-Vereins in Zukunft in gleicher Richtung bewegt und bewährt, wird gewerblicher Frieden und Aufstieg für alle gesichert sein!

Notverordnung und Wirtschaftskrise

Der 1. Dezember 1930 wird in der Geschichte der deutschen Republik eine besondere Bedeutung für alle Zeiten behalten. An diesem Tag hat der Reichspräsident nicht weniger als 25 Gesetze auf Grund Artikel 48 der Reichsverfassung in Kraft gesetzt. Der Reichstag stand also bei seinem Zusammentritt vor einer vollendeten Tatsache. In einem parlamentarischen Staat ist ein solcher Schritt ganz ungewöhnlich. Die Regierung bewegt sich auf der Grenze der Vergewaltigung der verfassungsmäßigen Grundlagen. Wohl haben vor der endgültigen Formulierung der in Kraft getretenen Gesetze umfangreiche Verhandlungen mit den Fraktionsführern; ferner im Haushaltsausschuß des Reichstages und im Reichsrat stattgefunden. Der Reichsrat hat nach langen Beratungen die von der Regierung vorgelegten Entwurfsentwürfe teilweise abgeändert und zum Schluß einstimmig beigestimmt. Aber die Regierung hat nicht wie es die Verfassung vorschreibt, die verordneten Gesetze der gewählten Volksvertretung unterbreitet. Dieser außergewöhnliche Schritt wird damit motiviert, daß die gegenwärtige Zusammenfassung des Reichstages die Annahme der Gesetze keineswegs verbürgt habe. Wir befinden uns also in einem Zustand, wo auf legalem Wege eine Regierung diktatorisch zu herrschen sich ansetzt. Obwohl die großen verfassungsrechtlichen Bedenken genau wie bei der alten Notverordnung verstärkt ins Feld geführt werden können, so müssen wir uns aber mit den einmal gegebenen Dingen abfinden.

„Notverordnung zur Sicherung der Wirtschaft und Finanzen“ nennt man den Akt, den der Reichspräsident mit seiner Unterschrift am 1. Dezember vollzogen hat. Sie soll dazu dienen, den Kredit des Reiches nach innen und außen zu festigen und die Wirtschaftskrise zu mildern. Der gegenwärtig bestehende äußerst labile Zustand, in dem sich die deutsche Wirtschaft als Ganzes bewegt, soll damit beseitigt und um allseitiges Vertrauen in den Aufstieg Deutschlands gewonnen werden. Auf diese psychologische Wirkung wird seitens der Regierung und der hinter ihr stehenden Parteien und Interessengruppen das größte Gewicht gelegt. Man erblickt in der Umordnung der Reichsfinanzen das stärkste Moment des krisenhaften Zustandes der Wirtschaft. Wenn dadurch die schwierigen Aufgaben, die dieser Winter den öffentlichen Körperlichkeiten bereitet, besser überwunden und die Wirtschaftskrise gemildert werden könnte, so wäre damit viel erreicht. Wenn eine Volksvertretung besteht, die infolge ihrer Zusammenfassung nicht arbeitsfähig ist, dann muß ohne sie das geschaffen werden, was notwendig ist. Es kommt nur darauf an, welchen Inhalt die Notverordnung hat.

Die Notverordnung besteht im wesentlichen aus drei Teilen. Zunächst enthält sie auf Grund der Ermächtigungen gewisse Veränderungen der Notverordnung vom 26. Juli dieses Jahres. Geändert wird insbesondere die Krankenversicherung und die Arbeitslosenversicherung. Bezüglich der Sanierung der Gemeindefinanzen werden die ursprünglichen Bestimmungen ebenfalls abgeändert. Die neue Notverordnung umfaßt ferner den Wirtschafts- und Finanzplan der Reichsregierung bezüglich der Steueränderungen des Finanzausgleichs, der Wohnungswirtschaft, der Landwirtschaft usw. An dieser Stelle wollen wir hauptsächlich die Änderungen erwähnen, die Sozialgesetze betreffen.

Da sind vor allem die Änderungen der Krankenversicherung, die wie folgt eintreten sollen: 1. Die Kranegebühr wird völlig aufgehoben; a) sofern die mit der Krankheit verbundene Arbeitsunfähigkeit länger als zehn Tage dauert; b) für sämtliche Arbeitslose; c) für alle Personen, die aus der Invaliden-, Angestelltenversicherung und Unfallversicherung Rente oder Ruhegehalt beziehen; d) das gleiche gilt für Schwerbeschädigte; e) für Tuberkulose- und Geschlechtskranke, die von ihrer Fürsorge eine Befreiung beibringen. 2. Für die Kranke n e i g e b ü h r gelten dieselben Freibestimmungen wie für die Kranegebühr. Außerdem kann der Krankenschein nachher geltend werden, insbesondere bei Anfällen oder in dringenden Fällen. 3. Bei Lohn- und Gehaltsempfängern, die neben dem Krankengehalt ihr volles Gehalt beziehen, muß künftig der Beitrag zur Krankenversicherung gesenkt werden. Außerdem kann das Krankengeld erhöht werden. 4. Das Ausgeld war durch die Notverordnung auf die Hälfte gekürzt worden. Jetzt wird den Krankenkassen das Recht gegeben, das Hausgeld allgemein auf zwei Drittel des Krankengeldes zu erhöhen.

Die Arbeitslosenversicherung erhält folgende Änderungen: 1. Den Jugendlichen zwischen 16 und 17 Jahren soll der ihnen durch die Notverordnung genommene Anspruch auf die Arbeitslosenunterstützung wieder gegeben werden. 2. Der § 105a der Arbeitslosenversicherung, wonach die Unterstützungssätze bei einer unter 52 Wochen liegenden Anwartschaft gekürzt werden, wird dadurch verbessert, daß der Berechnungszeitraum von 18 Monaten auf 24 Monate ausgedehnt wird. 3. In Fällen, in denen die dem Versicherten ordnungsgemäß abgezogenen Beiträge durch die Unternehmer nicht abgeliefert worden sind, muß trotzdem dem Versicherten die Unterstützung in voller Höhe gewährt werden.

Zweifelloso sind die Gesetze über die Krankenversicherung und die Arbeitslosenversicherung in wichtigen Punkten verbessert worden. Dadurch wurde das Anrecht, das den Kranken und Arbeitslosen durch die alte Notverordnung zugesagt wurde, zum Teil wieder gut gemacht. Diese Verbesserungen sind hauptsächlich den Vertretern der Sozialdemokratischen Partei zu danken. Es gelang ferner, der be-

räftigten Bürgersteuer die Giftgähne auszubreden. Steuerfrei sollen sein: ältere Familienangehörige, Arbeitslose, Kriegsbefähigte und Sozialrentner. Die Bürgersteuer soll gekürzt werden. Für Einkommen unter 1200 M. gilt der Satz von 3 M. Bei höheren Einkommen wurde sie wesentlich verschärft. Die Verbesserungen in den wichtigsten Gesetzen sind ohne weiteres anzuerkennen, wenn die Forderungen der Arbeiterschaft in dieser Beziehung auch noch wesentlich weiter gehen. Auf die übrigen Gesetze, die durch die Notverordnung neu geschaffen und verändert werden, wollen wir nicht weiter eingehen.

Mit der Notverordnung soll eine Beruhigung der deutschen Wirtschaft und die Gesundung der Reichsfinanzen erreicht werden. Zur Beruhigung und Stabilisierung der Wirtschaft gehört auch das Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit. Heftige soziale Kämpfe werden gegenwärtig zwischen den Unternehmern und der Arbeiterschaft ausgetragen. Es geht vor allem um den Abbau der Löhne und Gehälter. Der derzeitige Reichsarbeitsminister ist an diesen heftigen sozialen Kämpfen nicht unschuldig. Er hat den Schlichtern die Anweisung gegeben, die Löhne zu senken, und hat die so gefällten Schiedsprühe für verbindlich erklärt. Das war das Signal für die Unternehmer, auf der ganzen Linie die Löhne und Gehälter abzubauen. Gleichzeitig wurde der Versuch unternommen, durch eine Preislenkungsaktion die Lohnsenkungen zu einem Teil auszugleichen. Wenn wir uns jetzt fragen, was durch die Preislenkungsaktion bisher erreicht ist, so können nur äußerst geringfügige Ansätze festgestellt werden. Die Löhne sind vielfach um 4 bis 8 Proz. abgebaut worden. Die Preislenkung macht nur einen ganz geringen Prozentsatz aus. Teilweise sind die Preise bereits wieder in die Höhe gegangen. Es müßte an die Regierung das Verlangen gestellt werden, daß mit dem Inkrafttreten der Notverordnung jeder Lohn- und Gehaltsabbau zu unterbleiben hat. Wenn durch die Notverordnung Beruhigung und Vertrauen für die Wirtschaft geschaffen werden soll, so ist dies ein Ding der Unmöglichkeit, sofern die Kämpfe um Lohn und Brot mit dieser Heftigkeit noch weiter ausgetragen werden sollen. Die Gewerkschaften müssen jedenfalls das Verlangen stellen, Schluß zu machen mit dieser Herabsetzung des Lebensstandards. Die Preislenkung hat sich als ein großer Schwindel erwiesen. Dagegen sind Lohnsenkungen zur Tatsache geworden. Deshalb: Die Notverordnung hat erst dann einen Schein wirtschafts- und sozialpolitischer Berechtigung, wenn die Regierung den Weg offen läßt, den Lohn- und Gehaltsempfängern das ihnen zugefügte Unrecht wieder gut zu machen.

Wirtschaftsindividualismus einst und jetzt

„Gegen Ende des neunzehnten Jahrhunderts kam das kapitalistische Recht der freien Willkür. Es bildete sich neue Auffassungen über Menschenrechte. Im gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben setzte sich nach und nach das individualistische Prinzip durch, das im wesentlichen auf dem Nützlichkeitsgedanken fußt. Die neuen Rechte des Individuums entwickelten große Strebsamkeit. Die Antriebskraft für Fleiß und Leistungssteigerung bildete fortan in erster Linie die Selbstsucht, der Verdienst- und Profitwille. Der Individualismus leugnete zwar nicht die natürlichen Rechte der Gesamtheit. Er sagte, daß er „das größte Glück der größten Zahl“ erstrebe. Die feste wissenschaftliche Grundlage des Wirtschaftsindividualismus war die Idee der Harmonie zwischen privatem Vorteil und allgemeinem Wohl. Man sagte, daß die Naturgesetze so wirkten, daß das freie Individuum, das seinem Vorteil nachgehe, ohne weiteres auch das Allgemeinwohl fördere. Dem Staat und andern öffentlichen Körperlichkeiten sollte nicht das Recht zustehen, sich in wirtschaftliche Dinge einzumischen. Man hielt das für ganz überflüssig und hatte darin damals auch nicht so unrecht. Professor Keynes führte kürzlich in einem vielbeachteten Vortrag in der Berliner Universität etwa folgendes aus: „Die Korruption und Unfähigkeit der Regierungen des achtzehnten Jahrhunderts, die dem neunzehnten Jahrhundert noch manche Erb-schaft hinterlassen haben, begründete den Individualismus. Vor allem hat die Unfähigkeit der Staatsbeamten den Mann der Praxis sehr stark zugunsten des laissez-faire beeinflusst. Alles, was der Staat im achtzehnten Jahrhundert über seine Mindestpflichten hinaus unternommen hat, schien erfolglos zu sein. Dagegen war der materielle Aufschwung der Zeit von 1760 bis 1850 lediglich individueller Initiative zu verdanken, nicht dem festsitzenden Einfluß der organisierten Gesellschaft. Was konnte dem Gesellschaftsmann besser in den Kram passen? Konnte ein praktischer Beobachter, der die fortschrittlichen Segnungen seines Zeitalters vor Augen sah, leugnen, daß sie auf die Tätigkeit der „unternehmenden“ Individuen zurückzuführen seien? Die Lehre, nach der den staatlichen Einrichtungen aus göttlichen, natürlichen oder wissenschaftlichen Gründen möglichst enge Grenzen gezogen und das Wirtschaftsleben so ungehindert wie möglich der Tätigkeit und dem gesunden Menschenverstand der einzelnen Bürger überlassen bleiben sollte, fiel auf fruchtbaren Boden. Die Ökonomen lehrten, Reichtum, Handel und Maschinen seien die Folgen des freien Wettbewerbs. Diese Gründe und diese ganze Atmosphäre erklärten hinlänglich, warum wir heute bewußt oder unbewußt eine so starke Neigung zum laissez-faire empfinden, und warum jede staatliche oder kommunale Einmischung in Wirtschaftsfragen auf so leidenschaftliches Mißtrauen stößt.“

Es sehr wir auch heute unter dem Eindruck des in mehr als einem Jahrhundert Gewordenen stehen, wir fühlen

doch, daß diese alten Wirtschaftsprinzipien erschüttert sind, weil die Entwicklung nicht stille steht. Es ist die Aufgabe der Menschen, stets im Sinne der ewig wahren naturgewollten Entwicklung zu handeln. Es ist vermessend, zu sagen: Der Individualismus ist für alle Zeiten die allein richtige Wirtschaftsform, nur er löst die mit Recht so viel gerühmte persönliche Initiative aus.

Nicht nur der Egoismus, sondern auch der Altruismus weckt Willens- und Tatkraft zum Vorwärtsbringen in noch wenig oder gar nicht bekannte Entwicklungsgebiete. Nicht nur intellektuell, sondern auch sittlich wächst die Menschheit. Sie ist gegenwärtig an dem Punkt angelangt, wo sie fähig wird, an die Stelle des selbsttätigen Strebens nach persönlichem Gewinn und Besitz das gemeinsinnige Streben nach Verbesserung der Lage der Volksgesamtheit zu setzen. Wir wachsen in sittlich veredelte Lebensauffassungen hinein, nicht sehr schnell und auch nicht von selbst, nicht ohne Kampf, aber trotzdem unaufhaltsam und bereits deutlich erkennbar. Wir sehen heute in dem übergroßen persönlichen Besitz nicht nur etwas Sinn- und Zweckloses, sondern auch etwas Allgemeinschädliches. Viele sehen im übergroßen Reichtum einzelner, wie er sich unter der Herrschaft des Individualismus gebildet hat, bereits etwas Unstilles, besonders in Deutschland, wo sich das persönliche Besitzrecht an dem Sachvermögen „des Volkes“ nach der Inflation stark verschoben hat. Wir denken heute anders über gesellschaftliche und wirtschaftliche Gerechtigkeit als zur Blütezeit des Individualismus. Und dieses unser Denken weckt ein andres Wollen, als es im vorigen Jahrhundert als richtig und gut galt. Wir wissen zwar heute noch nicht bestimmt, was kommen wird, was den Wirtschaftindividualismus ablösen kann oder ablösen muß. Wir wissen nur, daß der Wirtschaftindividualismus bereits auf der ganzen Linie wankt und daß er zusehends verflinkt. Heraus steigt die Korporationswirtschaft, die bereits in mancher ihrer Formen, so besonders auch in ihren kommunalen Wirtschaftsbindungen gemeinnützige Wirtschaft ist, Wirtschaft, die dienen, nicht verdienen will.

Und warum verändern sich die wirtschaftlichen Dinge in so grundfäher Weise? Weil hinter ihnen ein natürlicher Entwicklungs- und Wachstumstrieb steht; weil der Wirtschaftindividualismus die Aufgaben nicht lösen kann, die vor uns liegen, in erster Linie deshalb nicht lösen kann, weil er sich selbst untreu geworden ist, weil er „das freie Spiel der wirtschaftlichen Kräfte“, den „ungehemmten Wettbewerb“, die Anerkennung und Führung des Stärkeren nicht mehr trägt. Der Wirtschaftindividualismus oder was sich heute noch dafür ausgibt, hat den Starren unter den Willen des Mittelmaßigen, ja, des Schwachen gezogen. Führen kann aber auf die Dauer nur der Tüchtigste und Leistungsfähigste. Das ist Naturgeset; wenn gegen ihn verstoßen wird, entsteht Stillstand und Rückgang. Der heutige Wirtschaftindividualismus hat keine Seele mehr. Wenn er stirbt, stirbt er durch eigene „Schuld“; denn leben kann er nur, wenn er den Willen und die Kraft hat, zu kämpfen. Daran aber fehlt es. Und darum hat der Wirtschaftindividualismus auch keine Achtung mehr vor der Freiheit, seinem höchsten Ideal und gleichzeitig seiner besten Kraftquelle.

Nach einem Vortrag, den der Präsident des Reichswirtschaftsgerichts in der Handelshochschule Berlin hielt, bestehen gegenwärtig in Deutschland rund 1500 Kartelle, die sich auf fast alle Industriezweige und auf einen großen Teil des Handels erstrecken. Aber die volkswirtschaftliche Bedeutung der Kartelle gehen die Ansichten bekanntlich auseinander. Viele sagen, ihre Aufgabe bestehe darin, die Erzeugung auf den Verbrauch richtig einzustellen, die Absatzmöglichkeiten auszubehnen, den Wettbewerb unter den Produzenten auszuschalten und eine einheitliche Preispolitik durchzuführen. Dadurch werde eine größere Stetigkeit in die Wirtschaft gebracht, was Krisen und Arbeitslosigkeit vermindern könne.

Die Kartelle wirken im allgemeinen nicht fördernd auf Erzeugung und Absatz ein, sondern hemmend. Es ist ihnen gelungen, die Warenherstellung und den Warenabsatz in weitestem Umfang zu monopolisieren. Die Monopolmacht

Fünfzig Jahre Verbandsmitglied



Max Benedix in Leipzig
Eingetreten: 1. Dezember 1880 — Korbregische Buchdruckerei in Leipzig.

der Kartelle dehnt sich beständig weiter aus. Das Hauptziel aller Kartellbestrebungen ist, die Preise hochzuhalten. Auf das eigentliche Ziel der Wirtschaft, dem Allgemeinwohl, dem Verbraucher zu dienen, wird kaum Rücksicht genommen. Die Preise bilden sich nicht nach der Leistungsfähigkeit der technisch und organisatorisch am höchsten entwickelten, sondern nach der ungenügenden Leistung der technisch und organisatorisch rückständigen Betriebe. Das führt dazu, daß die leistungsfähigen Betriebe übergroße Gewinne auf Kosten der Verbraucher haben und die veralteten oder zu kleinen Betriebe die Preise hochtreiben. Die Preispolitik der Kartelle tötet den Trieb zur organisatorischen Vervollkommnung der Gesamtwirtschaft. Anstatt aber die wirtschaftlichen Fehler abzustellen, klagt man über „zu hohe“ Löhne und Gehälter, über „zu hohe“ soziale Belastung und über unzureichenden Lohnschutz. Man „beschließt“ fortgesetzt höhere Preise und zwingt so die Massen, ihre Lebenshaltung herabzudrücken, weniger zu verbrauchen. Wenn aber der Verbrauch zurückgeht, ist es unvermeidlich, daß die Arbeitslosigkeit zunimmt und zur Dauererscheinung wird.

Heute macht die Diktatur selbsttätiger Interessengruppen weitgehend die persönliche wirtschaftliche Initiative unmöglich. Es häuft sich der Wirtschaftsbalken, der rationales Arbeiten ausschließt. Oft verhindert Wirtschaftsentimentalität das Bestreben, die kleinen „leistungsfähigen Existenzen“ zu erhalten, die Wirtschaftsrationalisierung. Bahrer Wirtschaftindividualismus weiß nichts von Sentimentalität und Schwäche; freier Wirtschaftindividualismus will kämpfen und vorwärtsstreiten, will fortgesetzt das Gute durch das Bessere verdrängen. Der Individualismus ist heute auf dem Wege, Absolutismus (Monopolismus) zu werden. Darüber dürfen wir uns nicht länger täuschen.

Der Individualismus braucht deshalb aber nicht zu sterben, wenn er auch nicht in alter Form fortbestehen kann. Er muß fortan seine sittliche Arbeitskraft in erster Linie aus dem Altruismus nehmen. Der Egoismus darf sich nicht mit privatwirtschaftlicher Monopolmacht verbinden; denn einseitige Macht, die sich hemmungslos auswirken kann, führt stets zu Übergriffen. Monopolmacht kann nur den auf altruistischem Boden stehenden öffentlich-rechtlichen Wirtschaftsunternehmungen zugestanden werden. As.

Zu teuer rationalisiert!

Diesen Aufsatz des Volkswirtschaftlers Dr. Ott, der besonders scharfe Schlagwörter auf die verbreitete Forderung von Verbrauchsüberschüssen in überzähligen Produktionsmitteln und -anlagen wirtschaften wie als weiteren Beitrag zur Klärung dieser zellennäheren Streitfrage mit Zustimmung der Schriftleitung der vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund herausgegebenen monatlichen Zeitschrift für Volkswirtschaftspolitik und Wirtschaftslehre „Die Arbeit“ (Heft 11, November 1930).

Die deutschen Unternehmer machen für ihre Forderung nach Lohnabbau folgende Rechnung auf: Die Lohnpolitik der Gewerkschaften habe zu einer kostspieligen Rationalisierung gezwungen. Man mühte teure Maschinen anschaffen. Das habe zu Arbeiterentlassungen geführt. Jetzt seien die Löhne zu hoch und untragbar geworden. Die von den Gewerkschaften durchgesetzten Löhne müßten gekürzt werden, um die Krise zu liquidieren. Diese Rechnung enthält historische und volkswirtschaftliche Fehler. Vor allem berücksichtigt sie nicht diejenige Größe, die von der Rationalisierung entscheidend und bedenklich unheimlich beeinflusst wurde, den Warenpreis. Was hat die Rationalisierung erreicht? Unbestritten hat sie den Preis für die wichtigste Ware, den Preis für die Arbeitskraft, gesenkt und verbilligt. Wenn man uns — was noch bis vor kurzem in fast jeder Generalsammlung und fast jedem Geschäftsbericht geschah — beispielsweise einen Leistungsindex pro Kopf von 150 gegenüber 100 vor der Rationalisierung demonstrierte, wenn man — der Fall ist ja gar nicht selten — mit Hilfe der Rationalisierung denselben Umsatz mit einer halbierten Belegschaft bewältigt oder wenn man z. B. die Leistung des Bergmanns bei irgendeinem Konzern durch Rationalisierung von 900 auf 1800 Kilogramm pro Kopf und Schicht gesteigert hat, dann heißt das doch nur: der Preis für die Arbeitskraft hat sich um 50 Proz. gesenkt. Die Entwicklung der Nominallöhne nach der Inflation hat über diesen Vorgang hinweggetäuscht. Die Zusammenhänge ergeben sich aber ohne weiteres, wenn man die Entwicklung der Nominallöhne in Verbindung mit der Leistungssteigerung pro Kopf betrachtet. Die Verbilligung der menschlichen Arbeitskraft ist die große Quelle der Rationalisierungsgewinne in den verflohenen Jahren und der Antrieb für die großzügige Rationalisierung, die Deutschland vorgekommen hat. Der Drang, die Möglichkeit von Rationalisierungsgewinnen zu steigern, erklärt ja auch das schärfere Tempo in der Rationalisierung, das Deutschland gegenüber anderen europäischen Ländern ansetzte und vielfach ansetzen mußte. Durch die Rationalisierung in Deutschland ist eine Verbilligung der Arbeitskraft eingetreten, wie sie die Wirtschaftsgeschichte kaum wieder aufzuweisen hat. Das große Mäkel ist nur, daß die Verbilligung der wichtigsten Ware die anderen Waren nicht verbilligte und in dem Maße zu einer Verdrängung unserer Warenmärkte und zu einer Degradierung unserer Kaufkraft führte, wie sich unsere Industrie aufs glänzendste ausrichtete und die Produktionsmaschine auf ein unheimlich schnelles Tempo eingestellt wurde. Die verschiedene Auswirkung auf den Warenpreis ist um so auffälliger, weil sich in einer fünfjährigen, von der verbilligten Arbeitskraft überaus stark beeinflussten Senkung des Preisniveaus der für jede industrielle Tätigkeit zweitwichtigsten Warengruppe, das Preisniveau für Rohstoffe, den Vertriebsverhältnissen annäherte.

Die Erklärung für diese ungleiche Auswirkung auf die Gestehungskosten ergibt sich aus der Art, wie die Arbeitskraft bei uns verbilligt wurde, also wie bei uns rationalisiert wurde. Fünf Jahre Rationalisierungspraxis haben gelehrt, daß wir den Weg, den wir gegangen sind, nicht unbedingt zu gehen brauchen. Wir hätten andere Wege gehen können. Wir hätten uns beispielsweise auf die Ausschaltung von Verlustquellen beschränken können. Wir hätten uns darauf beschränken können, die Arbeitsverfahren nach Richtung einer lösenlosen Bearbeitung zu verbessern. Der Weg wäre mißglückter geworden. Er hätte nicht so rasch zu Erfolgen geführt. Man hätte nicht in zwei-

Wie steht es um den Buchdruck?

Wenn auch die Zahl der Druckmaschinen nach dem letzten Bericht der Buchdrucker-Berufsgenossenschaft insgesamt um 1928 von 41 449 im Jahre 1928 auf 43 377 im Jahre 1929 zugenommen hat und man daraus eigentlich schon den Schluss ziehen könnte, daß das Buchdruckgewerbe sich immer noch in aufsteigender Linie bewegt, so bleibt im Hinblick auf die vielerorts geäußerten Bedenken doch zu untersuchen, ob auch der Schnellpresse- und Buchdruck nach Umfang und Bedeutung noch seinen alten Platz im Rahmen des Gesamtgewerbes einnimmt und wie sich dessen Aussichten für die nahe Zukunft gestalten werden. Denn aus der gleichen berufsgenossenschaftlichen Statistik ergibt sich, daß die Zahl der Schnellpressen nicht in dem gleichen Maße gewachsen ist wie die Zahl der Rotationsmaschinen und der Tiegeldruckpressen. Bei den Rotationsmaschinen betrug die Steigerung von 1913 auf 1929 46,9 Proz., bei den Tiegeldruckpressen 74,6 Proz. und bei den Schnellpressen nur 27,8 Proz. Diese reinen Zahlen lassen sich aber nicht miteinander vergleichen, man müßte schon, um zu vergleichbaren Werten zu kommen, die Leistungsziffern der Maschinen mit in Betracht ziehen, daneben vielleicht auch die Aufgaben, denen die einzelnen Maschinen dienen und die tägliche Betriebsdauer, die sich aus den Aufgaben ergibt. Das ist natürlich unmöglich, ist schließlich auch für unsere Untersuchungen von unwesentlicher Bedeutung. Man müßte diese Zahlen auch

in Vergleich stellen zum Wachsen der Bevölkerungsziffern, zum mindesten aber zur Steigerung der Rekrutierungsziffern in unserm Gewerbe.

Da wir aber bei Erörterung des gleichen Themas in Nr. 74 und 75 des „Korr.“ die Konkurrenz der benachbarten Druckverfahren besonders in den Kreis unserer Betrachtungen gezogen hatten, wollen wir das gleiche auch hier tun. Eine Steigerung der Tourenzahl ist bei den modernen Stoppsylindermaschinen ganz selbstverständlich zu verzeichnen. Ganz selbstverständlich, weil ja die Maschinentechnik sich dem Tempo der Zeit — dieses Schlagwort beherrscht die Entwicklung doch mehr, als man sich manchmal eingesteht — anpassen muß, weil ja die Druckmaschinen nicht als einzige Erzeugnisse der modernen Industrie hinter den Anforderungen der Zeit zurückbleiben kann.

Wir wollen aber heute nicht untersuchen, ob neben der Einführung schnelllaufender Maschinen auch sonst alles getan wurde, um die Leistungen der Druckmaschinen ohne weiteres steigern zu können, ob überall in der Beschaffung der dazu benötigten Materialien die sachmännliche Einsicht den Ausschlag gab, oder ob nicht in vielen Fällen die gleiche Stelle, die für die neue Maschine ausreichende Mittel zur Verfügung stellte, beim Papier- und Farbkauf ebenso wie in anderen Dingen versagte und so der beabsichtigten Leistungssteigerung selbst hindernd in den Weg trat. Es soll auch nicht untersucht werden, ob die in vielen Fällen tatsächlich eingetretene Leistungssteigerung sich

volkswirtschaftlich günstig, d. h. in der Herabsetzung der Verkaufspreise ausgewirkt habe. Daß der in einer auf modernster Grundanlage produzierenden Industrie tätige Arbeiter selbst niemals in den Genuß der mit den Höchstleistungen verbundenen Gewinnsteigerungen kommt, bedarf keiner weiteren Untersuchung, das ist uns allen aus eigener Praxis zur Genüge bekannt. Man müßte denn die durch die Leistungssteigerung sich ergebenden Minderungen eines gewissen Arbeitsbereiches schon als einen Gewinn für den betreffenden Arbeiter werten. Es bleibt also zu untersuchen, ob die Benachteiligung des Buchdruckgewerbes durch die Ausbreitung der benachbarten Druckverfahren auf Grund der Einführung schnelllaufender Maschinen bekämpft werden konnte.

Das Arbeitsgebiet der Schnellpresse umfaßt die Herstellung von Geschäftspapieren, Katalogen, Prospekten, Werken, Bildrunden, Zeitchriften usw. Soweit es sich dabei um Erfindung handelt, kommt für die meisten dieser Arbeiten nur der Buchdruck in Frage, es sei denn, daß für den Druck bildlicher Darstellungen aus geschmacklichen Gründen eine andere Drucktechnik bevorzugt wird. Für alle Arbeiten jedoch, bei denen die Schrift in den Vordergrund tritt oder doch einen erheblichen Bestandteil der Druckarbeit darstellt, wird man den Buchdruck nicht beiseite schieben können. Dafür ist erstens die rein technische Seite der Formenherstellung maßgebend. Schriftformen sind vorläufig nur auf dem Wege des Hand- oder Maschinenzuges

mal 24 Stunden die Betriebe umtempeln können. Das ganze Tempo wäre ruhiger gewesen. Wir haben tatsächlich, indem wir den Rationalisierungsmotor auf höchste Touren stellten, für die andern europäischen Industrien Kaskaden aus dem Feuer geholt, und, mit Ausnahme von Rußland, wo man anscheinend die Dinge noch einseitiger übersteigerte als bei uns, ist es seit längerem in den europäischen Ländern Mode geworden, von dem Glücksfall zu sprechen, nicht so schnell wie Deutschland rationalisiert zu haben. Das braucht nicht unter allen Umständen richtig zu sein, und es kann sich natürlich erst später ergeben, inwieweit das richtig ist. Bedenklich aber bleibt, daß wir einseitig rationalisieren, indem wir fast ausschließlich den Weg der Mechanisierung gingen. Das Ameritabuch des Siemensdirektors Koettgen hat hier geradezu unheilvoll gewirkt. Das in ihm verkündete Mechanisierungsevangelium ist die bedeutendste Erscheinung im Rahmen der deutschen Rationalisierung. Koettgens Ameritabuch ist tatsächlich zu einer Mechanisierungssibel geworden, während uns eine Rationalisierungssibel mit einem guten Schuß Psychologie, Volkswirtschaft und Sozialpolitik not getan hätte.

Die Erfolge, vor allem die schnellen und phänomenalen Erfolge der Mechanisierung, sind nicht zu bestreiten. Wenn wir oben von einem Leistungsindex von 150 sprechen, so wird das den Tatsachen ja gar nicht gerecht. Man kennt eine Verdreifachung, eine Vierfachung, eine Sechsfachung der Leistung pro Kopf und hat selbst in solchen stark mechanisierten Betrieben anscheinliche Reserven für eine weitere Mechanisierung. Dabei ist man ohne Zweifel über das Ziel hinausgeschossen. Der mit der Mechanisierung beginnende Strom der Rationalisierungsgewinne verflüchtete zu einer immer weiteren Verbilligung der menschlichen Arbeitskraft und zwangsläufig zu einer steigenden Erweiterung der Maschinenparke, ohne Rücksicht darauf, daß Transportanlagen und Arbeitsmaschinen verzinst und amortisiert werden müssen, und ohne Rücksicht darauf, daß sie nur verzinst und amortisiert werden können, wenn der Markt die künstlich vergrößerte Massenproduktion aufnimmt. Immerhin arbeitete sich innerhalb der vier Wände, wo man in Deutschland rationalisiert, eine bestimmte Formel aus: Die Rationalisierung war gegliedert, wenn die Summe der im rationalisierten Betrieb gezahlten Arbeitslöhne plus Maschinenkosten unter dem Stand der alten Löhne blieb. Diese Formel erklärt ja auch gewisse Erscheinungen auf unsern Arbeitsmärkten. Sie war ja auch richtig, solange der mechanisierte Betrieb denselben Ertrag wie früher erbrachte. Sie mußte sich aber in dem Augenblick als verhängnisvoller Irrtum herausstellen, in dem sich auf den Märkten gewisse Veränderungen vollzogen. Diese Veränderungen traten ungewissenshaft mit der Verbilligung der wichtigsten und allgemeinsten Ware, der Arbeitskraft, ein.

Wachen wir uns einmal die oben angeführte Argumentation des deutschen Unternehmertums zu eigen und betrachten wir die gegenwärtige Krise in der Hauptphase als Rationalisierungskrise. Dann hat die Verbilligung der menschlichen Arbeitskraft zu einer Einschränkung der Kaufkraft geführt. Ein Ausdruck dieser Einschränkung ist das Millionenarbeitslosenheer, bei dem sich die Kaufkraft um die Differenz zwischen dem normalen Lohn und der Arbeitslosenunterstützung verringerte. Das Arbeitslosenheer in den Rationalisierungsländern ist ohne Zweifel durch den gigantischen Prozeß der Arbeitskraftverbilligung in erster Linie bedingt und nicht durch Rationalisierung. Daß das eintrat, ist nicht der Rationalisierung wesentlich und gehört nicht zu den Gesetzen, nach denen sich die Rationalisierung entwickelt. Die Fehlentscheidung erfolgte in Deutschland eben nur deswegen, weil die deutsche Rationalisierung, vor allem volkswirtschaftlich, unzulänglich war. Die sich nach den ersten Mechanisierungsexperimenten zeigende Überkapazität hätte warnen und alarmieren müssen, die Produktion in friedliche Verhältnisse aufzuteilen, hätte zu dem Schritt von der Rationalisierung im Betrieb zur Rationalisierung in der Branche und der Gesamtwirtschaft treiben müssen, hätte zu Überlegungen führen müssen, wie die durch die Verbilligung der Arbeitskraft zusammenstürzende Kaufkraft aus dem Strom der Rationalisierungsgewinne aufzuforkeln sei. Die Gewerk-

schaften haben in den Inflationsjahren die Anpassung der Löhne an das Preisniveau gefordert. Nichts mehr und nichts weniger! Ehe überhaupt eine Kaufkrafttheorie in Deutschland ausgearbeitet worden war, hatte die Lohnpolitik der Gewerkschaften inkonkret das Richtige getroffen. Als Deutschland nach amerikanischem Muster an die Rationalisierung ging, wurde dem Unternehmertum von Volkswirtschaftlern von Ruf bedeutet, daß das alles ohne entsprechenden Markt nicht ginge. Diese Wahrheit hat das deutsche Unternehmertum nicht begriffen. Es war auch nicht der vielgerühmte Individualismus, der dem im Wege stand. Vielmehr scheint die Quelle des Übels eine gewisse Psychose zu sein, für die man ja eine Zeitlang das Wort Kapitalneubildung gefunden hatte. Auf jeden Fall blieb die notwendige Weiterentwicklung der Rationalisierung in einem Mißbrauch des Kartellgebots stehen, in dem hemmungslösen Bestreben, die Profitquote zu behaupten, in der Tendenz der Betriebserhaltung auch des schlechtesten und unrentabelsten Betriebes, der dann den Preis bestimmte — was eigentlich von der Seite der Rationalisierungsgewinne und der tatsächlich erreichten Senkung der Gestehungskosten hätte erfolgen müssen. Eine spätere objektivierte Zeit wird dem Drängen der Gewerkschaften nach technischer Verbesserung wohl bescheinigen müssen, daß die nach der Kriegszeit und in der Inflations drohende Gefahr einer Verflüchtigung unsrer Produktionsmaschine durch die Gewerkschaften abgewandt worden ist. So ist unsre deutsche Industrie wohl zu der glänzendsten ausgerüsteten der ganzen Welt geworden. Was aber nicht darüber hinweghilft, daß die Kapazität dieser glänzenden Ausrüstung nicht ausgenutzt werden kann, daß sie zu teuer und daß die Mechanisierung zum großen Teil festinvestiert ist.

Wir werden uns im Rahmen des zweiten Abschnitts der deutschen Rationalisierung vorzugsweise mit diesen Problemen zu beschäftigen haben. Der zweite Abschnitt der deutschen Rationalisierung wird Korrektur und Revision sein müssen. Das scheint weniger technische Fragen zu sein, und doch sind sie es. Die Technik wollte einmal dem Menschen die Arbeit erleichtern, ihm die schwere Arbeit abnehmen. Das hat sie einfach grobartig gemacht. Dann steigerte sie die Produktion ins Ungemeine, verbilligte die Arbeitskraft und schaltete schließlich auf Grund des Gesetzes von Angebot und Nachfrage unerträglich große Teile der zur Verfügung stehenden Arbeitskraft aus. Das hat die Technik beinahe noch besser gemacht als das andre. Es liegt nahe, dieser Technik, die doch anscheinend alles kann, die Aufgabe zu stellen: Bringt die vielen, die da ohne Arbeit sind, wieder in die Betriebe! Den Gewerkschaften gebührt das historische Verdienst, diese Forderung zu einer allgemeinen Forderung gemacht zu haben. Man wird sich darüber klar sein müssen, daß sie nicht nur durch Dekret und Gesetz zu erfüllen ist, weil hinter ihr ein technisch-organisatorischer Akt steht: die Revision einer überfüllten Mechanisierung, die sich schon allein aus dem kaufmännischen Zwang ergibt, überall dort, wo der Mechanisierungsmotor zu teuer geworden ist, ihn durch den billigeren Motor, die Arbeitskraft, zu ersetzen.

Das bedeutet für die Wirtschaft den Kapitalchnitt. Je länger man sich aber dagegen kräut, desto ungünstiger werden die Voraussetzungen und desto größer wird dieser Kapitalchnitt ausfallen müssen.

Daß wir zu teuer rationalisiert haben, daran ist nicht zu zweifeln. Der Betrieb, der keine Rationalisierung, was vielfach der Fall ist, mit Hilfe von Anleihen durchführte, kam zu einer Kapitalerhöhung. Dieses erhöhte Kapital muß verzinst werden. Die Rationalisierung hat aber den erhofften Mehrertrag nicht erbracht. Die gesteigerte Kapazität kann nicht ausgenutzt werden. Es wird nichts anderes übrigbleiben als eine Kapitalermäßigung, und zwar so weit, daß das zu verzinsende Kapital wieder in Gleichklang mit dem Ertrag kommt. An diesem Kapitalchnitt kommt das deutsche Unternehmertum nicht vorbei. Die Seltigkeit seiner Forderung nach Lohnabbau ist im Grunde genommen Furcht vor dem Kapitalchnitt, das Bestreben, die notwendig gewordene Kapitalermäßigung durch Druck auf die Löhne zu erreichen.

Lehrlingsleiterkonferenz im Gau Nordwest

Am 19. November fand in Bremen eine Konferenz der Lehrlingsleiter des Gau Nordwest statt. Anwesend waren 16 Lehrlingsleiter und einige Vertreter des Gauvorstandes und des Bezirks Bremen. Die Tagesordnung sah außer einem Tätigkeitsbericht des seit dem 1. April d. J. tätigen Gaulehrlingsleiters Albert Wille (Bremen) zwei Vorträge vor. Der Gauvorsteher Franz Jäherp (Bremen) referierte über „Die Einführung einer Lehrlingsordnung in Bremen und Oldenburg“ und Kollege Otto Pöpper (Fachlehrer an der Bremer Fachschule) über „Das Fachschulwesen an der Fortbildungsschule“.

Kollege Wille schilderte in seinem Bericht den Aufstieg der Lehrlingsabteilung des Verbandes, die in diesem Jahr auf ein gehobenes Bestehen zurückblicken kann. Die unermüdete Arbeit der Funktionäre hat einen großen Anteil an diesem Aufstieg und ihnen gebühre auch der Dank der Gehilfenschaft und der Jungbuchdrucker. Er wies dann auf die Bedeutung des Kundendienstwesens hin und bat um regen Gebrauch dieser Einrichtung. Dem Bericht folgte dann eine längere Aussprache, in der fast alle Lehrlingsleiter das Wort nahmen. Sie ergab viele Anregungen und Vorschläge zu einer besseren Ausgestaltung der Arbeit in den Lehrlingsabteilungen.

Kollege Franz Jäherp hielt dann einen sehr instruktiven Vortrag über „Die Einführung der Lehrlingsordnung in Bremen und Oldenburg“. Er berichtete über den Stand der Verhandlungen, die zwischen Gewerbelammer, Prinzipalen und dem Gauvorstand über die Schaffung und Einführung einer Lehrlingsordnung in Bremen stattgefunden haben. Die von der Gewerbelammer Bremen vorgeschlagene Lehrlingsordnung entsprach vollständig den Wünschen der Prinzipale. Allerdings stießen sie auf den Widerstand des Gauvorstandes, der in mündlichen und schriftlichen Eingaben verschiedene Abänderungsvorschläge machte. Vor allen Dingen sollten die Bestimmungen über den Fachauschuss verbessert werden. In dieser Frage wurde bisher keine Einigung erzielt, weshalb darüber nochmals in der Gewerbelammission des Senats verhandelt werden soll. Eine Einigung würde über eine Abänderung des § 16 der Lehrlingsordnung erzielt. Nach diesem Paragraphen sollte der Fachauschuss bei Streitigkeiten, die sich aus dem Lehrverhältnis ergeben, zu einem Schiedsgericht gemacht werden. Der Vorschlag des Gauvorstandes zielte auf Einrichtung eines Ausschusses für Lehrlingsstreitigkeiten im Sinne des § 111 des Arbeitsgerichtsgesetzes hin, um den Weg der Arbeitsgerichtsbarkeit offen zu halten. Die Absicht der Prinzipale, den Rechtsweg dem Lehrling zu verbauen, ist damit fehlerlos. Ferner sollte nach Revision der Prinzipale der Fachauschuss nur „bezug“ sein, gegen Druckerien, in denen eine gute Ausbildung der Lehrlinge nicht mehr gewährleistet ist, das Verfahren auf Entziehung der Lehrberechtigung eingeleiten. Der Vorschlag des Gauvorstandes, aus der Befugnis eine Verpflichtung zu machen, wurde anerkannt. Der Guttenbergbund, der in dem Vorschlag zur Lehrlingsordnung als Vertragspartner genannt wird, hat mit Hinblick auf seinen geringen Mitgliederbestand kein Anrecht auf einen Sitz im Fachauschuss. Andre Unförmigkeiten, wie die Aufnahme der Lehrlingsliste vom 1. Oktober 1930 in die Lehrlingsordnung und die Befristung werden nochmals die Gewerbelammission des Senats beschäftigen. Wie weit diese Streitigkeiten in dieser Kommission bereits behandelt sind, ist nicht bekannt. Auch in Bremen arbeiten die Behörden sehr langsam. Ähnlich liegen auch die Dinge in Oldenburg, so daß bei Anerkennung der Forderungen des Gauvorstandes seitens der Gewerbelammer und den Prinzipalen einer Einführung der Lehrlingsordnung nichts im Wege liegt. Zum Schluss wünschte der Referent im Interesse einer erfolgreichen und intensiven Arbeit für unsern Nachwuchs im Gewerbe ein enges Zusammenarbeiten zwischen Fachauschussmitgliedern und Lehrlingsleitern. In der Diskussion wurden an den Referenten einige Fragen gerichtet, die im Schlusswort von ihm beantwortet wurden.

Herstellbar. Gezeichnete Schriften spielen in diesem Zusammenhang keine Rolle. In den ersten Abhandlungen zu diesem Thema haben wir schon darauf hingewiesen, daß sowohl für den Tief- als auch für den Offsetdruck Photographie oder Umdruck der gezeichneten Schriftformen erforderlich wäre. Dieser Umweg in der Druckformgewinnung ist zum mindesten beim Druck kleinerer Auflagen von so verwerflicher Wirkung, daß man schon aus diesem Grunde beim Buchdruck bleibt. Sinoz kommt aber, daß der Schriftdruck sowohl durch den Tief- als durch den Offsetdruck keine klare Wiedergabe findet. Für beide Verfahren muß von der fertig gezeichneten Form ein Abzug in der Buchdruckpresse gemacht werden, und zwar muß dieser Abzug sehr sauber und gleichmäßig ausfallen, da sich alle Mängel des ersten Druckes bei dem nachfolgenden Umdruck oder der Photographie zeigen und beim Tiefdruck in der Ätzung ebenso wie auf der Offsetplatte in Erscheinung treten würden. Ganz bestimmt tritt durch das Übertragen der Form eine Verbreiterung des Schriftbildes ein, die beim Offsetdruck noch verstärkt wird durch das mehrmalige Kontieren während des Druckganges. Für ausgesprochen gute Schriftwiedergabe wird man daher nach wie vor den Buchdruck heranziehen. Daraus ergibt sich aber die Lehre, daß der Buchdrucker auch mit jedem Druckerzeugnis zu beweisen hat, daß der Schriftdruck sich bei ihm in den besten Händen befindet und daß die Drucker in ihrem eignen Interesse handeln, wenn sie bei allen Arbeiten ein bestimmtes Maß

von Qualität nicht unterschreiten. Denn leider mehren sich die Erscheinungen, daß man bei einfacheren Arbeiten auf den Qualitätsausfall kein so großes Gewicht legt und die Einsparung an Zurechtung sowohl an Farbe und andern guten Dingen den Buchdruck hinter den Offset- und Tiefdruck auf in der Schriftwiedergabe zurücktreten läßt. Damit ist vielfach in dem einzelnen Fall dem betreffenden Unternehmen, niemals aber dem daran beteiligten Gehilfen und noch weniger dem Gewerbe gebient. Will also etwas für die Zukunft unsres Gewerbes tun, der halte seine Leistungen in qualitativer Hinsicht auf einer achtbaren Höhe.

Durch Verbesserung der Umdruck- und Übertragungsvorfahren für Offset ist ja im Gegensatz zu den Runderverfahren dieses Verfahrens mancherlei Fortschritt auch in der Schriftwiedergabe zu verzeichnen gewesen. Erst in den letzten Wochen tauchte aus Schweden kommend das Offsettypverfahren auf, das besonders für den Schriftdruck von Vorteil zu sein scheint. Statt auf Papier wird der Schriftsatz nach dem Offsettyp auf eine dünne Zink- oder Aluminiumplatte direkt gedruckt und dann durch die Übertragung auf die Druckplatte vorgegeben. Der Erfolg ist, nach den bisher vorliegenden Drucken zu urteilen, unverkennbar. Für Massenaufgaben wird sich daher der Offsetdruck immer mehr einschließen, wenn nicht auf ausgesprochene Qualitätsleistung Wert gelegt wird. Denn dem Offsetdruck kommt zugute, daß die Herstellung mehrerer Druckplatten

für den gleichzeitigen Druck der Form auf mehreren Maschinen schnell und billig möglich ist. Der Umdruck oder die photographische Übertragung durch Abbildmaschinen läßt eine akkurate Verbilligung der ersten Form mit genauesten Passern zu.

Seine besondere Eignung zeigt der Offsetdruck jedoch dann, wenn es sich um die erneute Drucklegung eines schon einmal in irgendeinem Verfahren gedruckten Wertes handelt. Da wird der für den Buchdruck erforderliche Neuaufspart, wenn man den Offsetdruck mit seinen dafür geeigneten Reproduktionstechniken zu Hilfe nimmt. Durch einfache photographische Durchleuchtungsmethoden ist die Druckformgewinnung möglich, und in verhältnismäßig kurzer Zeit kann der Nachdruck eines vergriffenen Wertes vor sich gehen. Wenn dabei der Schriftdruck nicht so bildschärf ausfällt wie beim Buchdruck, so wird dies in Anbetracht der Wohlfeilheit dieses Verfahrens oftmals ohne weiteres in Kauf genommen. Nachdrucke von wissenschaftlichen Werken, für die nur eine geringe Abnehmerzahl in Betracht kommt, sind vielfach nur auf diesem Wege durchführbar gewesen, für einen vollkommenen Neudruck mit erneuter Sachausführung hätte sich nicht immer die wirtschaftliche Grundlage finden lassen. Wir erleben also, daß durch die Einführung des Offsetdrucks bestimmten Kreisen ganz erhebliche Vorteile erwachsen sind, denen gegenüber die von Buchdruckern erworbenen Nachteile kaum merklich ins Gewicht fallen dürften. (Schluß folgt.)

Nach einer Pause nahm dann Kollege Otto Pöpper das Wort zu seinem Vortrag über „Die Fachschule an der Fortbildungsschule“. Er schilderte einseitig den Zustand der früheren Fortbildungsschulen ohne praktischen Fachunterricht. Diese Schulen genühten nicht, um den Lehrlingen diejenige Fachbildung zu geben, die sie brauchen. Die Ausbildung in der Lehrdruckerei wird bei der Spezialisierung der Betriebe immer einseitiger, und es muß daher ein Ausgleich in der praktischen Ausbildung der Lehrlinge gefunden werden, um ihnen eine möglichst allseitige Berufsfertigkeit zu vermitteln. Dieser Ausgleich soll durch die Fachschule geschaffen werden. Die Fachschule kann deshalb auch keine Kunstgewerbeschule sein, sondern mehr eine Schule für die berufliche Alltagsarbeit. Der Referent unterteilt dann den in den Gewerkschulen zu gebenden Unterricht nach Sach- und Fachunterricht. Der Sachunterricht (Rechnen, Deutsch, Staatsbürgerkunde) soll Anlegenheit der pädagogisch auszubildenden Lehrkräfte sein, der Fachunterricht aber, der in der Unterweisung in praktischen Berufsarbeiten besteht, sollte stets durch einen geeigneten Berufler gegeben werden. Der Fachlehrer sollte sein Wissen und Können aus der beruflichen Praxis gewonnen haben. Eine längere berufliche Praxis würde ihm die Erfahrungen und die Sicherheit geben, um seine Schüler in jeder Weise unterrichten zu können. Unseren Beruf kann man nicht aus Büchern lernen. Das Ziel der Fachschule ist die Hebung der Leistungsfähigkeit aller Schüler. Nicht einzelne Talente sollen besonders gefördert werden, sondern gerade dem minder befähigten Schüler soll geholfen werden. Zum Schluß betonte Kollege Pöpper, daß die Ausbildung in der Fachschule immer nur ein Ausgleich, eine Ergänzung der Ausbildung in der Lehrdruckerei sein soll. Deshalb trägt immer die Lehrdruckerei die Verantwortung für eine gute Lehrlingsausbildung. Auch diesem Vortrag folgte eine kurze Diskussion, in der alle Redner eine bessere Ausgestaltung des Fachschulwesens unterstrichen.

Kollege Wille machte dann noch Mitteilungen über Fahrpreismäßigungen für Jugendliche, unentgeltliche Benutzung der Verbands- und Gewerkschaftsfilme, Wertblätter für Lehringenieurwesen, Die Firma Gebr. Hartmann (Halle), Farbenfabrik, hatte einige Exemplare ihres Buches „Vom Drucken und von Druckfarben“ für die Lehringenieurwesen zur Verfügung gestellt, und dafür sei auch an dieser Stelle der Firma der Dank der Konferenz ausgesprochen. Mit einem Hoch auf den Verband schloß dann der Gaulehringenieur die Konferenz.

Bremen. E. Adertsch.

Korrespondenzen

Wittenberg. Unsere Herbstbezirksversammlung vom 16. November war sehr gut besucht. Vertreten waren die Orte Mittelsberg, Ansbach, Röh und Hirschbach. Nach Erledigung des „Geschäftlichen“ wies Vorsitzender Farrer auf die derzeitige Lage und den Ernst der Situation hin und streifte auch die demnächstigen Lohnverhandlungen, von denen wir hoffen, daß sie für uns befriedigend erledigt werden. Die tariflichen Verhältnisse im Bezirk sind soweit zufriedenstellend, beglückwünschte auch die der Lehrlinge; einige Fortschritte wurden durch den Vorsitzenden geflirt. Die Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit macht sich auch im Bezirk bemerkbar. Den Mittelpunkt der Versammlung bildete das Referat unseres zweiten Gauvorsitzenden Ober (München) über „Wirtschaft, Staat und Arbeiterchaft“. Lebhafter Beifall wurde ihm zuteil. Die Diskussion bildete eine mächtige Rundgebung der Treue zu unserm Verband. Alle Redner ließen durchblicken, daß die Kollegenchaft einig hinter ihren Geschlechtsvertretern bei den kommenden Lohnverhandlungen steht. Erst mußte einmal ein richtiger Preisabbau erfolgen, ehe von einem Lohnabbau die Rede sein könne. Bis jetzt haben die Hausfrauen von der sogenannten Preisabbaufaktion der Reichsregierung noch wenig gemerkt, im Gegenteil, die gemeindlichen Steuern und Umlagen wurden überall, da die Reichsmittel gespart sind, erhöht und vermehrt. Komme was wolle, unsere Vertreter wissen, daß sie eine einige, mächtige und geschlossene Organisation hinter sich haben. Mit einem Schlußwort Ober's fand die Versammlung ihren Abschluß.

Dresden. Unsere Versammlung vom 12. November wurde vom Kollegen Baumert an Stelle unseres erkrankten Gauvorsitzers Sachmann geleitet. Die gut besuchte Versammlung hörte zuerst ein Referat von Dr. Max Sachs über „Die Wirtschaftskrise in Deutschland“. In anberühmlichem Vortrag festelte er die Ursachen durch seine interessanten Ausführungen, in denen er die Ursachen der Wirtschaftskrise im kapitalistischen Staat aufzählte. Aber auch die Wege zur Überwindung der Krisen konnte er weisen, die allerdings in der nächsten Zukunft aller Voraussicht nach noch nicht besprochen werden dürften. Eine Aussprache wurde nicht beliebt. Sodann gab Kollege Baumert den Bericht vom Ortsausflug Dresden des W. G. Er schilderte den geschäftlichen Werdegang von den Anfängen der Arbeiterbewegung bis zum heutigen Stand der Gewerkschaften, daß erst durch diese Ordnung in Bezug auf Arbeitszeit, Lohnregelung usw. geschaffen worden ist, daß der Arbeiter nicht nur Pflichten, sondern auch Rechte erhalten hat. Trotz der jetzigen schweren Zeit sei der Mitgliederbestand der freien Gewerkschaften auch in Dresden gegen das Vorjahr gestiegen. Mit reichhaltigem Ziffernmaterial konnte Redner aufwarten. Unter „Verbandsmitteilungen“ gab Kollege Baumert bekannt, daß auch der Verbandsvorstand das Lohnabkommen gekündigt habe. Er verlas einen Brief des Gauvorstandes an den Verbandsvorstand, der unsere Meinung über die notwendige Abänderung des Lohnabkommens zum Ausdruck brachte und unsre Forderungen begründete. Hierzu sprach nun Kollege Max Sachs, der der Meinung Ausdruck verlieh, daß auch bei uns der Lohnabbau in Sicht sei, wenn sich die Kollegenchaft nicht einig und energisch für eine Lohnzulage einsetze. Die wirtschaftliche Not auch in unsern

Reihen sei groß und so könne die Forderung nur auf Lohn-erhöhung lauten. Die bekannt gegebenen Forderungen des Gauvorstandes seien zu niedrig, die Forderung sei auf 10 M. über das jetzige Minimum zu stellen. Nach Richtigstellung einer Äußerung des Kollegen Wählo durch den Kollegen Baumert war die Aussprache beendet. Kollege Schoeder brachte hierauf im Namen des Gauvorstandes einen Wunsch vor, nämlich durch eine freiwillige Sammlung unter den noch Vollbeschäftigten unseres Ortsvereins eine Sonderunterstützung für unsere Arbeitslosen und Invaliden zu beschaffen ermöglichen zu lassen. Durch die starke Inanspruchnahme unserer Kasse für die vielen Ausgesteuerten sei diese nicht mehr in der Lage, auch diese Sonderunterstützung, die sonst jedes Jahr gezahlt worden sei, zu tragen. Es kommen etwa 600 Kollegen in Frage, und so könne man sich ausrechnen, was bei etwa 1500 noch Vollbeschäftigten der einzelne aufbringen müsse, wenn man nur 5 M. Sonderunterstützung zahlen wolle. Dazu erklärte sich die Versammlung einstimmig bereit.

Düsseldorf. Am 15. November fand hier eine Bezirksversammlung statt. Mit Bedauern nahm sie Kenntnis von dem Scheitern des Kollegen Vertram vom Posten des Gauvorsitzers wegen Krankheit. Als Nachfolger von Vertram wurde mit großer Mehrheit von der Versammlung der bisherige zweite Gauvorsitzer, Kollege Wöhner, vorgeschlagen. Es wurde beschlossen, im Falle der Wahl des Kollegen Wöhner für die dann freiwerdende Stelle des zweiten Gauvorsitzers den Kollegen Fette (Duisburg) vorzuschlagen. Die Versammlung nahm mit Rücksicht auf die ungeheuren Ausgaben der Ortsstufe für das Statutum noch Stellung zu dem seitens mancher teilnehmender Kollegen geäußerten Mißtrauen mit dem Bezug dieser Unterstützung und beschloß schärfere Maßnahmen hiergegen. Enttätigung herrschte in der Versammlung, als sie Kenntnis erhielt von den rigorosen Maßnahmen seitens des städtischen Pflegehauses gegen einen dort untergebrachten Invalidenkollegen, dem man außer der einbehaltenden staatlichen Invalidenrente auch noch die Verbandsinvalidenunterstützung abverlangte und bei Weigerung der Zahlung durch den Verbandsstärker den Sinauswurf aus dem Pflegehaus androhte. Kom Vorstand wurden die maßgebenden Kreise für den Fall interessiert und die geeigneten Schritte hiergegen unternommen. Kollege Schneider gab einen kurzen Bericht über die letzte Bezirksvorsitzerskonferenz, an der sich mit Rücksicht auf ein Referat des Kollegen Wöhner keine Debatte angeschlossen. Kollege Wöhner hielt dann einen beifällig aufgenommenen Vortrag über die augenblickliche wirtschaftliche Lage in unserm Gewerbe und den Schiebspruch in der Metallindustrie, in welchem er alle die im Vorbergaude des Interesses stehenden Vorgänge in weltwirtschaftlicher Beziehung und den Kampf der Gewerkschaften inmitten dieser Verhältnisse kennzeichnete. Insbesondere verbreitete er sich auch über die bevorstehenden Lohnverhandlungen in unserm Gewerbe und die Verhältnisse des Verbandes, wie sie durch die Arbeitslosigkeit hervorgerufen wurden. Da in Anbetracht der weit vorgeschrittenen Zeit eine Redezeit von nur fünf Minuten beschlossen wurde, schloßen es mehrere in der Redezeit eingetragene Kollegen ab, bei einer so kurzen Redezeit zu reden. Andre dagegen machten von der Aussprache Gebrauch, die sich teilweise, teilweise gegen den Referenten aufzehrten, teilweise auch in seinem Sinne sprachen. Nach einem ausgebehaltenen Schlußwort gelang dann eine Entschließung zur Annahme, in der mit Enttätigung von dem Schiebspruch gegen die Berliner Metallarbeiter Kenntnis genommen und der hohe Lohnabbau in Vergleich gesetzt wird zu dem winzigen Preisabbau. Die Entschließung verlangt, daß bei unsern bevorstehenden Lohnverhandlungen mit allen Mitteln gegen den Abbau angeknüpft und die Unterwerfung unter einen Schiebspruch, der ähnlich wie der in Berlin zustande gekommen auf das entsehrlichste abgelehnt wird. In später Nachtstunde nahm dann die Versammlung noch Stellung zu einem Antrag des Vorstandes, der ein freiwilliges Notopfer seitens der iberattarisch entlohneter Kollegen zugunsten einer Weihnachtshilfe an die rund 200 arbeitslosen Düsseldorf Kollegen vorlag, da die Ortsstufe wegen der erforderlichen großen Summe hierzu nicht in der Lage ist. Die Anregung des Vorstandes wurde beifällig angenommen und über die vorgeschlagenen Sätze weit hinausgegangen, indem bei Stimmhaltung der arbeitslosen Kollegen, ein Antrag Annahme fand, der allen in Arbeit stehenden Kollegen empfiehlt, zugunsten einer Weihnachtshilfe an die arbeitslosen Kollegen ein einmütiges freiwilliges Notopfer zu bringen, und zwar in Höhe von 2 bis 10 M., gefaßt nach der Verdienststufe.

Hilbesheim. (Landesjahr.) Am 1. November konnte unsere Vereinigung auf ihr einjähriges Bestehen zurückblicken. Aus diesem Anlaß fanden sich die Mitglieder zu einer einfachen, aber doch in allen Teilen wohlgeordneten Feier, der ein tröstliches Bepfer vorausging, im Vereinslokal ein. Vorsitzender Blankestein brückte seine Freude aus über den guten Besuch der Veranstaltung und gab einen kurzen Rückblick auf das erste Vereinsjahr. Die Zahl der Mitglieder ist seit der Gründung von 25 auf 65 gestiegen, und wir hoffen auch noch die Fernstehenden im kommenden Jahr für unsre Sparte zu gewinnen. Im Februar nächsten Jahres soll ein Konzert der gesamten Mandolin- und Lautenvereinigungen für unsre Mitglieder mit ihren Angehörigen, mit einem anschließenden geistlichen Beisammensein, welches den Mitgliedern ebenfalls keine hohen Kosten verursacht, stattfinden. Ein Begrüßungsschreiben vom Vorsitzenden des Brudervereins Hannover wurde verlesen. Der gemüthliche Teil des Abends, der von verschiedenen Kollegen sorgfältig vorbereitet worden war, wurde dann noch von unserm Sentor Wilhelm Kraus, einem der eifrigsten von unsern alten Kämpfern, sowie dem „Heini“ vom „Vollblatt“ und dem Kollegen Ernst in humorvoller Weise bestritten. Vom „Geflügelten“ bekamen sie alle ihr „Fett“, und Walter Schmidt machte die Musik dazu. So verlief der Abend in schönster Harmonie, und er brachte die Kollegen einander näher, um an dem großen Werk mitzuarbeiten, besonders in der augenblicklichen, wirtschaftlich so schweren Zeit, durch Pflege der Freundschaft und Kollegialität für unsern großen und starken Verband.

Röhrig. Unsere Mitglieder in Gemeinschaft mit den Hilfsarbeitern fanden sich am 9. November zu einer allgemeinen Versammlung zusammen. Gauvorsitzer

Wisluga (Weimar) referierte über das Thema: „Die Gewerkschaften in Abwehrstellung“. Er entwarf ein klares, schärfmüthiges Bild von den Ursachen der heutigen katastrophalen Wirtschaftskrise. Die sehr gut besuchte Versammlung spendete dem Referenten reichen Beifall. Die organisierte Röhriger graphische Arbeiterchaft hat das größte Interesse daran, bei den kommenden Lohnverhandlungen keine Verschlechterungen zu erfahren, ist doch ihre wirtschaftliche Lage ohnedies trübe genug.

Köln. (Maschinenseher.) Sehr guten Besuch hatte die dritte diesjährige Gauvereinigungssversammlung am 18. November in Hagen i. W. aufzuweisen. Vorsitzender Strahmann hielt alle willkommen; Bezirksvorsitzender Kollege Krenop (Hagen) und Kollege Kähler für die Maschinenseher wünschten guten Verlauf der Versammlung. Das Ableben eines verstorbenen Kollegen wurde geehrt. 25 Kreuz- und 6 Wiedererhebungen erfolgten. Unter „Geschäftlichen“ betonte der Vorsitzende, daß die schlechte wirtschaftliche Lage sich auch in unserm Gau stark auswirke; 100 Maschinenseherkollegen seien augenblicklich arbeitslos. Die gedruckt vorliegenden Klassenberichte vom zweiten und dritten Vierteljahr wiesen einen Klassenbestand von 1367 M. aus. Aber die Zwecke und Ziele der Berechnungskommissionen* hiesigodann Kollege Döbke, Vorsitzender der Kölner Berechnungskommission, die gleichzeitig Zentrale der im Gau befindlichen Berechnungskommissionen ist, einen äußerst interessanten, nicht mit Zahlen und Ziffern beherrschten Vortrag, in dem der Beweis erbracht wurde, daß es gerade in der jetzigen Zeit, wo die „Möbelkrankheit Lohnabbau“ grassiert, durchaus nötig ist, daß alle Maschinenseher ihre Sachleistung selbst berechnen können, um ihren Lohn damit in Einklang zu bringen. Reicher Beifall dankte dem Vortragenden. Unter „Verschiedenem“ beschäftigte man sich zunächst nochmals mit einer internen Angelegenheit. Sodann wurde im Anschluß an eine Debatte über Sonntagsarbeit vom Bezirk Köln folgende Entschließung eingebracht, die einstimmig zum Beschluß erhoben wurde: „Die Versammlung betont nachdrücklich, daß hinsichtlich der Sonntagsarbeit der bisherige Anfang als äußerste Konzession zu betrachten ist. Sie wird jedweden Versuch der Prinzipale, den Beginn der Sonntagsarbeit auf einen früheren Zeitpunkt zu verlegen, mit allen ihr zu Gebote stehenden gewerkschaftlichen Mitteln bekämpfen und zum Scheitern bringen. Die Versammlung verurteilt ganz entschieden die Handlungsweise einiger Firmen im Gau Rheinland-Westfalen, die gelegentlich des Anglides des englischen Zugschiffes an dem betreffenden Sonntag in den Nachmittagsstunden ein Extrablatt herauszugeben, zu dessen Herstellung sie einige Maschinenseher schon in den Sonntagnachmittagsstunden zur Arbeit bestellt hatten. Die Versammlung verlangt strengste Bestrafung der Firmen durch die Gewerbeaufsichtämter und beschließt, daß sie in ähnlichen Fällen von ungewöhnlicher Sonntagsarbeit diese kategorisch verweigert.“ Als Extrakt einer Aussprache über die allgemeine Lage fand die nachfolgende Entschließung einstimmige Annahme: „Die Versammlung der Gauvereinigung der Maschinenseher Rheinland-Westfalens nimmt ganz entschiedene Stellung gegen den Brüningskurs in der Wirtschaftsbewegung, dessen Lasten nur einseitig auf die Arbeiterchaft abwälzen will. Zu den bevorstehenden Lohnverhandlungen bringt die Versammlung einmütig zum Ausdruck, daß die Maschinenseher unter allen Umständen hinter den Vertretern der Gewerkschaft gegen jegliche Abbaubestrebungen der Prinzipale stehen werden.“ Als nächster Tagungsort wurde Elberfeld bestimmt.

Königsberg. (Korrekturen.) In unsern letzten Versammlung berichtete Kollege Kattner über die große Zahl von Einladungen zum 25jährigen Jubiläum, die uns im Laufe dieses Jahres von den betreffenden Korrekturenereinen aus dem Reich zugegangen sind. Auch wir beschließen, unser 25jähriges Bestehen in kleinem Rahmen 1932 festlich zu begehen. Den Hauptpunkt der Tagesordnung bildete ein Vortrag des Kollegen W. Müller über „Die Kleinzeichnung, eine Frage der Gegenwart“. Heutzutage, wo alles nach Sachlichkeit, Klarheit und Vereinfachung in Form und Ausdruck strebt, sollte ein Gebiet nicht übersehen werden: die deutsche Schrift. Ansätze sind zwar vorhanden, doch müßte diese Forderung viel allgemeiner und kräftiger erhoben werden. Von der Entziehung der Schriften und Schreibwerkzeuge ausgehend, ging der Redner auf die Entwicklung der in Deutschland angewandten Schriften ein, der Antiqua und der Fraktur. Man sollte sich nicht davon abhalten lassen, zugleich mit der Kleinzeichnung die Forderung nach der Weltfester, des Antiquajahres, zu erheben, ein sehr wesentlicher Stein an dem Bau der Fälscherreinigung und -verfälschung. Die sehr rege Aussprache bewies, daß die Ausführungen des Referenten Unterstützung fanden. Kollege Franz, der Weiter des Kreises Often im Bildungsverband, der als Gast aufwesend war, gab seiner Freude über die sachliche Behandlung dieser Materie Ausdruck. Durch die Veröffentlichungen des Bildungsverbandes sowie mancher Ortsgruppen soll der Kleinzeichnung nicht mit Gewalt ein Weg gebahnt werden, sondern die Beispiele werden nur angewandt, daß die Kollegen die zu beachtenden Forderungen prüfen und sich ein Urteil bilden können. Geschmackvoll ausgeführte Druckfaden zeigten, daß auch die Praxis diesen Weg mit Erfolg beschritten hat. Zum Schluß wurde noch der Wunsch geäußert, daß beratende Vorträge einem größeren Kollegenkreis zugänglich gemacht werden möchten.

Wienitz. In die Reihe der Jubilare der Buchdruckergewerkschaft ist nun auch der hiesige Gesangverein „Gutenberg“ eingetreten. Im Jahre 1905 war er von einer Anzahl Wienitzer Kollegen ins Leben gerufen worden, nachdem schon einige Jahre vorher einmal ein Versuch gemacht worden war, der aber keinen bleibenden Erfolg hatte. Den Anlaß zur Gründung hatte der feinergetzt in Wienitz konditionierendere Kollege Wenzel Baumert gegeben, der heute als Maschinenseher in Freiburg i. B. tätig ist. Am 8. November wurde das Jubiläum in besonders feierlicher Weise gefeiert. An der Feier nahmen außer den Familien der Mitglieder und deren Gästen die Vertreter der hiesigen Arbeitergewerkschaft und Vertreter der Kollegenangehörigen Wenzel Baumert und Götlich und in einer Stärke von 34 Sängern der Gesangverein „Gutenberg“ Breslau teil, mit dem der Jubilareverein schon von jeher besondere freundschaftlich-kollegiale Bande verbin-

den. Eingeleitet wurde die Feier mit einem Prälude von G. Kaufmannig von Mitgliedern des Städtischen Orchesters, worauf der festgebende Verein einen Wiederapfels für Männerchor „An der Wolga“ mit Orchesterbegleitung von Professor Hugo Jungst zum Vortrag brachte. Nicht endwollender Beifall belohnte Sänger und Orchester für ihre Darbietungen. Konzertmeister Köpfer erstreute die Festgäste mit einer „Legende“ für Violin solo von Wieniawsky, worauf der Gesangsverein „Gutenbergs“ Breslau (Dirigent Herr Gummig) das Brudnerische, sehr wirkungsvolle Liederwerk „An die Musik“ zu Gehör brachte. In der weiteren Programmfolge des Abends brachten die Mitglieder des Städtischen Orchesters den „Chant Sans Paroles“ und das „Ballet“ (Weihnachten aus den „Jahreszeiten“) von Peter Tschaikowsky zu Gehör. Der „Gutenbergs“ Breslau keuerte noch einen besonderen Heftchor „Wir grüßen dich, du Jubilar“ von H. Breuer bei, was besonders beifällig aufgenommen wurde. Darauf begrüßte der derzeitige Vorsitzende des festgebenden Vereins, Willi König, die zahlreichen Festgäste und sprach besonders von den auswärtig erschienenen Kollegen seinen Dank aus für das große Interesse, das sie damit dem Jubilareverein entgegenbrachten. Dann hielt Kollege H. J. F. (Breslau) die Festrede. In mit Humor durchwürzten Worten skizzierte er ein Bild von dem Werdegang des Vereins, der, wie ja alle Kollegengruppen, sich die Pflege des Gesanges und besonders die Sebung der Kollegialität in den eigenen Reihen angelegen sein lasse, daneben aber auch als Mitglied des Deutschen Arbeiterbundes den Zielen der Arbeiterjugend bei sich behaltend Gelegenheit gerecht werde. Er ermahnte die noch Säumigen, die Reihen der singenden Kollegen zu verstärken und stellte der Jugend die Jubilare als leuchtendes Beispiel der Treue hin. In einer den Festteilnehmern überreichlichen, in typographischer Hinsicht in der Buch- und Kunstbruderei von H. Krumbhaar vorzüglich hergestellten und ausgetackelten Festschrift (Entwurf und Ausführung von Kollegen Hollmann) ist die Entwicklung des Vereins ausführlich geschildert. Nach einem Hoch des Redners auf den Jubilareverein folgten die Glückwünsche, die von den Vertretern der Vereine dargebracht wurden, wobei Kollege Müller diejenigen des Bezirks Liegnitz des Deutschen Arbeiterbundes überbrachte. Schriftliche und telegraphische Glückwünsche waren eingegangen von den Buchdruckerkollegen Paul Lobe (der in Liegnitz seine Lehrzeit in der Buchdruckerlei von H. Krumbhaar durchgemacht hat) war ein Glückwunschtelegramm eingegangen. Der Sprecher des Gesangsvereins „Gutenbergs“ Görlitz, Kollege K. O. H., überreichte als Geschenk der Görlitzer Buchdruckerjugend einen Gong, der Vorsitzende des Ortsvereins Liegnitz, E. S. O. J., einen Geldbetrag, und der Sprecher der einzelnen Sparten und des Bildungsverbandes, G. K. H. L. E., eine Geldtasche und eine künstlerisch ausgeführte Glückwunschadresse. Ferner gratulierten Vertreter der Ortsgruppen, Kollegengruppen aus Görlitz, Bunzlau und Breslau sowie Vertreter des Liegnitzer Männerchors und des Liegnitzer Volkschors. Kollege S. H. E. (Zittau), der vor 20 Jahren dem Verein als Mitglied angehört hatte, ließ es sich nicht nehmen, persönlich zu der Feier zu erscheinen, um seinen Glückwunsch darzubringen. Auf eine 25jährige Mitgliedschaft konnten zurückblicken die Kollegen Rudolf Müller (der 19 Jahre den Vorsitz innehatte), Fritz Kolonko, Albin Richter, Robert Wolf, Otto Meyer, Emil Scholz und Hermann Hinte, ihnen wurde vom Vorsitzenden je eine silberne Nadel mit entsprechender Widmung überreicht. Der langjährige Vereinsmitglied Otto Meyer (jetzt Invalide) wurde zum Ehrenmitglied ernannt und ihm eine kunstvoll ausgeführte Urkunde überreicht. Von dem eigentlichen Gründer des Vereins, Kollegen Binzeng Baumert aus Freiburg i. B., Breisgau war gleichfalls ein herzliches Glückwunschschreiben eingegangen. Mit dem Gesang des Männerchors „Brüder reicht die Hand zum Bunde“ durch den „Gutenbergs“ Liegnitz nahm die in allen Teilen gut verlaufene Veranstaltung mit einem klaren Ende. Erste Kollegialität und buchdruckerliche Harmonie hatten eine Stimmung aufgenommen lassen, die viel zu dem Verlauf des Abends beitrug.

Vörrach. In unzer Ver samlung am 7. November konnte der Vorsitzende die recht erfreuliche Feststellung machen, daß unsere jungen Verbandsmittglieder sehr stark vertreten waren. Um so bedauerlicher ist es, wenn unsere arbeitslosen Kollegen dem Verbandsmitglied sein fernbleiben. Eine am 4. November aufgenommene Statistik zeigte, daß der jetzt noch in Arbeit stehenden 33 Ortsvereinsmitgliedern 18 Lehrlinge gegenüber stehen. Wohin das führt, kann man sich ausmalen. Kollege C. F. berichtete über die Handwerkerkonferenz in Laub, worin sich eine lange Debatte über das Fir und Wider der Sparten und über ihren Zweck anschloß. Eine lebhaftige Aussprache brachte auch die Arbeitslosenfrage und ihre Beseitigung mit sich. Von einem Rückgang der Konjunktur kann am Orte nicht die Rede sein, denn trotzdem doppelt so viel Zeitungen mit bedeutend stärkerem Umfang wie früher hier erscheinen, ist die Zahl der Beschäftigten stark zurückgegangen. Alle Versammelten waren sich darin einig, daß nur eine Reduzierung der Arbeitszeit ihrer Abhilfe schaffen könne, und es wurde einstimmig folgender Beschluß gefaßt: „Der am 7. November 1930 in Vörrach versammelte Ortsverein verlangt dringend die Reduzierung der Arbeitszeit zugunsten unserer arbeitslosen Kollegen.“ Einen Verstoß auf Ausbau der überarbeitsfähigen Beschäftigung, der in einer Druckerei am Ort gemacht wurde, wiesen die Gesellen glatt ab. Die Kollegen befanden darauf, lieber die Kündigung entgegenzunehmen, als sich von der wohlverdienten Leistungszulage etwas abbauen zu lassen. Damit war die Absaufgabe in Vörrach gelöst. Immerhin zeigte dieser eine Fall, wie wenig die Prinzipale teilweise Verständnis für die Bildungsbestrebungen der Gesellen haben, denn die meisten Kollegen lassen sich ihre Fortbildung mehr kosten als die Herren Unternehmer nur ahnen. Wie es aber um das deutsche Buchdruckerhandwerk stünde, wenn sich die Gesellen infolge falscher Lohnpolitik von den Bildungsbestrebungen zurückzögen, kann sich jeder Prinzipal leicht ausdenken, denn jede gute Druckarbeit kann nur von tüchtigen Buchdruckern hergestellt werden, nicht aber von Turken und Spindli.

Mühlheim a. d. Ruhr. In unzer Ver samlung am 15. November, zu der auch die Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen eingeladen waren, hatte einen guten Besuch auf-

zuweisen. Die „Typographia“ leitete die Versammlung mit dem „Arbeitergruß“ ein. Der Vorsitzende gedachte des 25jährigen Verbandsjubiläums des Gauvorsitzers der graphischen Hilfsarbeiter, Kollegen Heilmann, der als Referent des Abends zugegen war. Der Vorsitzende gab Kenntnis davon, daß die Lohnverhandlungen am 15. Dezember stattfinden. Weiter machte er davon Mitteilung, daß mit dem Arbeitsamt ein Übereinkommen erzielt sei, wonach die erwerbslosen Kollegen in Unterrichtsabenden weiterhin mit dem Beruf in Fühlung bleiben sollen. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Hierauf hielt Kollege Heilmann sein Referat über „Die gewerbliche und allgemeine Lage“. Er behandelte eingehend das gegenwärtig aktuelle Thema „Lohnabbau und Preisabbau“. Der Dargestellte Schiedspruch sei das Signal zum Generallohnabbau gewesen. Der Berliner Schiedspruch in der Metallindustrie bedeute einen Schlag gegen den guten Glauben der Arbeiterschaft. Zum Schluß forderte er alle Kollegen auf, dahin zu wirken, daß alle der Organisation noch fernstehenden Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen den Weg zu ihr finden. Dem Vortrag, der starken Beifall auslöste, folgte eine kurze Diskussion. Nach einem Appell des Lehrstuhlsleiters an die Kollegen, die Lehrlinge zu den Lehrlingsabenden zu senden, schloß der Vorsitzende nach Bekanntgabe einiger interner Angelegenheiten die anregend verlaufene Versammlung.

Kürnberg. In unzer Ver samlung am 1. November leitete Vorsitzender Grösch mit einem ehrenden Gedanken unres verstorbenen Kollegen Albert Selb sowie der verunglückten Bergleute und Arbeitsgenossen von Alsbach und Saarbrücken ein. Nach Erledigung geschäftlicher Punkte referierte Kassierer Erwin Neumann von der „Fränkischen Tagespost“ über das Thema: „Wirtschaftskatastrophe und Gewerkschaften“. Nach einer großartigen Übersicht über die wirtschaftliche und politische Situation bezeichnete der Referent die Verstrickung aller Industriezweige als das Ziel der kapitalistischen Weltordnung, er sprach von dem Kampf um das Petroleum und über sonstige wirtschaftlich wichtige Umstände. Im Zusammenhang damit, daß die Produktion der Welt größer ist als der Konsum, darf die Arbeiterschaft nichts unversucht lassen, den Siebenfonten durchzuführen zu bringen, um auch ihre arbeitslosen Genossen wieder in den Arbeitsprozess einzufassen, sie verdienstfähig und kaufkräftig zu machen. Das könne aber nur geschehen, wenn Arbeiter, Gewerkschaften, Partei und Wirtschaftsorganisationen den festen und klaren Willen zeigen, sich zu einem Block der Arbeiter zusammenzuschließen, die Arbeiterschaft, wozu die Buchdrucker, müsse wieder zum Zealismus zurückgehen und unter sich und weit über die Landesgrenzen hinaus leben und wirken; dann müsse diese und jede andere Wirtschaftskatastrophe zuhause werden. Reicher Beifall lohnte die vorzüglichen Ausführungen. Dem Redner wurde dafür der Dank zum Ausdruck gebracht. Anschließend gab Kollege Brändmüller den Kassierbericht über das dritte Quartal. Zum Punkt 3, „Soll eine Weihnachtsunterstützung an Ausgesteuerte und invalide Kollegen gewährt werden“, hatte die Verwaltung den Vorschlag gebracht, 1000 M. aus der Mitgliedschaftskasse zu nehmen und damit an Weihnachtsausgesteuerte Kollegen extra zu unterstützen. Dies wurde von der Versammlung genehmigt und dahingehend ergänzt, daß jeder in Vollarbeit stehende Kollege zwei Extrabeiträge von je einer Mark an die Mitgliedschaftskasse abzuführen hat, womit alle arbeitslosen, ausgekehrten und invaliden Kollegen unterstützt werden sollen. Dieses wurde von der gut besuchten Versammlung fast einstimmig beschlossen. Nun sprach Kollege Grösch zur Bundesausführung und verlas die Rede des Vorsitzenden der Leipzig sowie das im „Korr.“ abgedruckte Manifest. Mit großer Aufmerksamkeit folgten die Versammelten den Ausführungen, die zum Ausdruck kommen ließen, „hier stehen wir einig und geschlossen hinter unsern Führern und wie eine Mauer gegen die Anstürme kapitalistischer Ausbeuter“. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten fand die von geschlossenem Kampfgeliste getragene Versammlung ihren Abschluß.

Borsheim. In unzer Ver samlung am 17. November hatte einen guten Besuch aufzuweisen. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde der unglücklichen Opfer der Grubenkatastrophen in Aßfeld und im Saarrevier in ehrender Weise gedacht. Neben der Entgegennahme des Vierteljahrberichts, des Geschäftsberichts der Allgemeinen Ortskrankenkasse (wobei erneut wieder die Abschaffung der durch die Notverordnung eingeführten Krankengeld- und Arzneigebühren gefordert wurde) und den Prüfungsberichten befaßte sich die Versammlung in der Hauptsache auch mit den in ganz Deutschland sich bemerkbar machenden Lohnabbaubestrebungen. Nachstehende, aus der Mitte der Versammlung eingebrachte Resolution fand einstimmige Annahme: „Die am 17. November äußerst zahlreich versammelte Mitgliedschaft Borsheim im VdDB, verfolgt mit banger Sorge die Entwicklung in der Lohnschiedspruchfrage. Sie ersucht den Verbandsvorstand, rechtzeitig Mittel und Wege zu erwägen, um einem drohenden Lohnabbau durch Schiedspruch begegnen zu können. Er sollte selbst vor den schärfsten Mitteln nicht zurückweichen; doch dürfen sich die Vorgänge von März 1928 nicht wiederholen. Der Schiedspruch in der Berliner Metallindustrie bzw. dessen Entschung ist ein Fingerzeig dafür, auf der Hut zu sein, um einer Verschlechterung der Lebenslage der Mitglieder zu verhindern.“

Keutlingen. In unzer gut besuchten Bezirksversammlung am 2. November hieß Vorsitzender Stein alle Anwesenden herzlich willkommen. Besonders begrüßte er die auswärtigen Kollegen und den Referenten Kollegen Lieber (Stuttgart). Ebenfalls richtete er Worte der Begrüßung an die neuangeworbenen Kollegen, diese darauf hinzuweisen, jederzeit die Interessen des Verbandes in Wort und Tat zu vertreten. Nach Erhebung der toten Bergarbeiter in Alsbach und Saarbach und Erledigung des geschäftlichen Teiles referierte Kollege Lieber über „Die Weltwirtschaftskrise“. Der Referent kam u. a. auf die Überproduktion zu sprechen, der eine zu geringe Kaufkraft der Massen gegenübersteht. Es liegt in dem Zustand der großen Arbeitslosigkeit eine gewisse Gefahr für die Gewerkschaften, indem von Demagogen im Unternehmerlager, leiser aber auch von gewissenlosen Elementen in Erwerbslosenzentren ein blödsinniges, unglückliches Schimpfen auf das sogenannte Bonzenamt anhebt. Dießen Quertreibern muß eine feste

und zielsichere Organisation gegenüberstehen, heute mehr denn je, wo in einer Zeit der Parole des Lohnabbaues der Unternehmer fester Zusammenstoß doppelt notwendig ist. Reicher Beifall lohnte den Referenten, und der Vorsitzende dankte ihm noch besonders für seine trefflichen Ausführungen. In der Aussprache kam Kollege Schwarz (Keutlingen) darauf zu sprechen, daß es in Kollegenkreisen unverständlich erscheint, wenn ein Vertreter der Berliner Maschinenfabrik sich gegen den Extrabeitrag des Gauvereins von 30 Pf. wandle, während sie ihren Berliner arbeitslosen Spartenkollegen 3 M. gewähren. In seinem nun folgenden Situationsbericht über Keutlingen kam Kollege Stein auf das leidige Umfassen in den Betrieben zu sprechen. Wieder sei es in zwei Fällen vorgekommen, daß Kollegen ohne Rücksicht auf den Arbeitsnachweis in Betrieben vorstellig wurden. Durch die Einstellung dieser Kollegen haben zwei andere wandern müssen. So ernst es ist, arbeitslos zu sein, sollte man doch den Arbeitsnachweis nicht übergehen. Von den Druckern Meiningen, Müritingen, Müllingen und Urach berichteten die Kollegen alle über schlechter Geschäftsgang. Teilweise herrscht Kurzarbeit. Man erhofft bis Weihnachten eine Besserung der Arbeitsmöglichkeit. Unter „Verschiedenem“ wurde nach längerem Hin und Her beschlossen, die Festlegung des Ortes der nächsten Bezirksversammlung dem Vorstand zu überlassen. Der Vorsitzende schloß die Versammlung mit dem Hinweis auf die Weihnachtsfeier am 13. Dezember, wozu auch die auswärtigen Kollegen eingeladen sind.

Müritingen-Mühlhausen. In unzer zahlreich besuchten Ver samlung vom 15. November referierte unser Vorsitzender Fischer u. a. über die Kündigung des Lohnabkommens. Die hiesigen Kollegen legten Zeugnis für den festen Willen ab, einig und geschlossen den kommenden Ereignissen gegenüberzutreten. Der Vorsitzende gab an Hand von Tatsachen die berechtigten Forderungen der Mitglieder bekannt, in keiner Weise weitere Verschlechterungen betreffs Lohnabkommen und Sozialgesetzgebung eintreten zu lassen. In der Debatte forderten die Kollegen auf, Verleihen der Unternehmer, die Leistungszulagen bzw. Löhne abzubauen, standhaft entgegenzutreten und einen festen Willen zu bekunden. Mit Genugtuung wurde festgestellt, daß in verschiedenen Betrieben die Arbeit wieder anzieht, wodurch somit die Möglichkeit gegeben war, mehrere arbeitslose Kollegen wieder einzustellen. Trotz der im allgemeinen schlechten Arbeitslage hält die hiesige Kollegenschaft voll festen Vertrauens zu unserm Verband und unzer Führung.

Stettin. (S. a. d. e. h. z.) In unzer Ver samlung am 17. Oktober gedachte der Vorsitzende unzer Wanderversammlung nach Stargard und bezeichnete sie als zufriedenstellend. Beschlüsse wurden ferner, eine Werbeversammlung stattfinden zu lassen. Der Kassierbericht wurde vom Kassierer erstattet, er war befriedigend. Das Thema „Einführung der freien Gewerkschaften zum Faschismus“ wurde den Mitgliedern in sachlicher und gründlicher Form vor Augen geführt vom Kollegen G. Wolter. Daran schloß sich eine längere Diskussion. Unter „Verschiedenem“ wurde vom Vorsitzenden aufgefodert, jegliche Überstunden zu vermeiden.

Stollp. a. d. W. Am 15. November feierten wir das 25. Stiftungsfest unzer Ortsvereins. Nach einigen stoff gespielten Musikstücken wurde die Feier durch den Gesangsverein „Freier Männerchor“ mit dem Liede „Krön den Tag“ eröffnet. Vorsitzender Lieh begrüßte die erschienenen Gäste, insbesondere unsern Gauvorsitzer Reint und den Bezirksvorsitzenden Heise. Alsdann nahm Kollege Reint das Wort. Er streifte die Entstehung der Organisation und erinnerte daran, daß bereits im Jahre 1849 konstituierte Buchdrucker am Ort waren. Die Verhältnisse änderten sich aber mit der Zeit, daß erst im November 1905 ein Ortsverein gegründet wurde. Die Kollegen wissen alle, was der Verband für den Buchdrucker bedeutet. Wir durch festen Zusammenhalt kann es am Ort mit der Organisation vorwärts und aufwärts gehen. Redner überreichte ein Geschenk des Gau. Der Bezirksvorsitzende überbrachte die Glückwünsche des Bezirks und überreichte den Kollegen Hoffmann, Meier und Wodtke aus Anlaß ihrer 25jährigen Mitgliedschaft ein Geschenk. Dann trat der Tanz in seine Rechte. Kollegen, die ehemals in Stollp konditionierten, erhalten auf Wunsch eine Festschrift zugeandt, Interessenten wollen sich wenden an Kollege Lieh, Stollp in Pommeren, Amtsstraße 15.

Stuttgart. Am 10. November nahm eine sehr gut besuchte Ver samlung zur folgenden Tagesordnung Stellung: 1. Vereinsmitteilungen, 2. Wahl von zehn Vertretern zu der Ortsretrokonferenz am 21. Dezember, 3. Kündigung des Lohnabkommens. Ein vierter Punkt: „Bereite Kraft Großes schaff!“ Film über das Werden und Wirken der Bund der Arbeiter, Angestellten und Beamten, mußte wegen Verbots durch die Polizei wegen Feuersgefahr von der Tagesordnung abgehoben werden. Unter „Vereinsmitteilungen“ kam Kollege Klein auf die Zahlungsunfähigkeit der Firma Lauser (Geschäftsblinderfabrik) und deren Erschließung zu sprechen. Ein Teil des Personals, etwa 120, wird unter einem Treuhänder vorläufig weiterbeschäftigt. Von unzer Kollegen etwa 20. In Weihnachten erhalten die arbeitslosen Kollegen, gestaffelt nach Beiträgen, 10, 15 und 20 M. Näheres wird durch die „Mitteilungen“ bekanntgegeben. Punkt 2 fand rasch Erledigung. Die Vertretung steht Orten mit 20 Mitgliedern zu. Stuttgart wählte zehn Vertreter auf Vorschlag der Sparten. Davon entfallen auf die Drucker zwei, Handgeher drei, Maschinenfeger zwei, Korrektoren, Stereotypenre und Schriftgießer je ein Vertreter. Einem Antrag aus der Versammlung, auch den Arbeitslosen einen Vertreter zuzugestehen, wurde insofern Rechnung getragen, als der Vertreter der Schriftgießer zur Zeit arbeitslos ist. Zu Punkt 3 berichtigte Kollege Klein über die Kündigung des Lohnabkommens. Er verurteilte die gegenwärtige Lohnabbautendenz, weil eben die Voraussetzungen für solch einschneidende Maßnahmen nicht gegeben seien. Ein gut Teil der schlechten Wirtschaftslage erblickt er in der planlos gesteigerten Rationalisierung. Dabei trifft die Krise Deutschland mit am härtesten, weil wir als weiterverarbeitendes Industrieland nicht an der Erzeugung der Rohstoffe beteiligt sind. Die Handarbeit wird immer mehr ausgegliedert durch hochwertige, leistungsstarke Maschinen. Dadurch brotlos werdende Arbeiter kommen zum größten Teil als Käufer der Ware kaum in Frage, da deren Arbeitslosenunterstützung dazu nicht aus-

reicht. Um die vielen zur Untätigkeit Verurteilten wieder in den Arbeitsprozess einzuführen, kommen die Vorschläge der Arbeitszeitverkürzung, Preisentzug als Ausgleich bei Lohnhandlung bleibt so lange ein Wunsch, bis die Kleinhandelspreise sich senken. Trotz Senkung der Großhandelspreise folgen die Kleinhandelspreise diesem Vorgang in Württemberg nicht. Redner forderte eine geschlossene Gewerkschaftsfront statt RGD., sonst könnten wir dort wiederum beginnen, wo wir vor 50 Jahren standen. Hierbei ist der einmütige Zusammenhalt zur Abwehr eventuell geplanter Verschlechterungsanträge in unsern Lohnverhältnissen Bedingung und gegeben. Beifällig wurden die Ausführungen Kleins aufgenommen. Bei der Aussprache kam ein Kollege auf das Geheule über Kapitalnot zu sprechen, wo gleichzeitig Unlumen ins Ausland verschoben würden. Dieser Redner unterzog die Lohnpolitik der Gewerkschaften einer Betrachtung. Das Schlichtungswesen sei bisher eine Stütze der Arbeiterschaft gewesen. Zum Berliner Schiedsspruch im Metallarbeiterverband konnte Redner die Einmütigkeit nicht verstehen. Er schloß sich dem Urteil des RGD. über den vom DMB vorgeschlagenen Schlichter Professor Dr. Sinsheimer vollinhaltlich an. Andre Redner schloßen sich dieser Kritik an, wobei ein Kollege ausführte: Wenn noch mehr Berliner Schiedsprüche gefaßt würden, wäre das die Grablegung der Gewerkschaften und die Aufrichtung der RGD. Die Ausführungen dieses Kollegen brachten zwei Redner der Opposition so in Aufregung, daß sie Ordnungsrufe erhielten und am Weiterprechen gehindert wurden. Ein weiterer Redner hat das Vertrauen zu unsern Vertretern, daß sie unsere Interessen in vollstem Maße wahren. Kollege K e i n ging in seinem Schlusswort auf die Anregungen aber auch die Einwürfe ein. Sein Wunsch, den er in berebten Worten Ausdruck gab, ging dahin, die Geschlossenheit der Organisation zu verdeiholen und zu wahren, um auch weiterhin mit Erfolg die Arbeiterklasse vorwärts und aufwärts zu führen.

Weimar. (Maschinenfächer.) Am 16. November tagten hier die Maschinenfächer des Gaues Thüringen. Dem Besammlungsruf waren aus 21 Orten 207 Kollegen gefolgt, eine Zahl, die auf die Zugkraft der Tagesordnung zurückzuführen war. Die Kollegen Bleisch (Eisenach) und Hofmann (Weimar) wurden durch warme, eindrucksvolle Worte des Vorsitzenden für ihre 25jährige Mitgliedschaft in der Maschinenfächerpartei geehrt. Außer den gewöhnlichen Tagesordnungspunkten wies die Tagesordnung noch den Punkt „Lohnabbaubestrebungen“ auf. Hierzu gaben Redner W i l h e l m und Gauwostcher W i s s l a u einen eingehenden Situationsbericht. Es wurde festgestellt, daß nach den bisher gemachten Erfahrungen in andern Gewerben im Verhältnis zum Lohnabbau so gut wie keine Preisentzug eingetreten ist. Aus den einzelnen Disputationen ging hervor, daß bei der ganzen Senkungssaktion die Arbeiterschaft wieder die Kosten tragen soll. Es wurde daher aus der Besammlung nachstehende Resolution vorgelegt und angenommen: „Die am 16. November 1930 in Weimar abgehaltene Besammlung der Maschinenfächer des Gaues Thüringen erklärt, daß sie unzureichendsten Lohnabbau ablehnt. Sie wird jede Konsequenz auf sich nehmen, um den Lohnabbau abzumehren.“ Einen weiteren Punkt nahm auch das Verzeichnis der Besammlung in Anbetracht. Besondere Beachtung wurde das Berechnungssystem der Firma Vogel (Pöfned) und deren Zweigbetrieb in Gera. Es wurde festgestellt, daß das Berechnen der Sehmachine bei der Firma Vogel nicht den tatsächlichen Grundlagen entspricht. Hiernach wurde der bisherige Vorstand en bloc wieder gewählt und damit Eisenach wieder als Sitz der Gauvereinsleitung ausseracht. Als nächster Tagungsort wurde Pöfned gewählt.

Wiesbaden. Der Besuch untrer B e r s a m m l u n g am 4. November war als ein sehr guter zu bezeichnen, waren doch etwa 150 Kollegen anwesend. Eröffnet wurde die Besammlung durch den Chor „Sohannisther“ durch den Kollegenorganisten „Gutenbergr“. Vorsitzender S c h ä f e r machte unter „Geschäftlichen“ Mitteilung von den Veranstaltung der Sparten und einem Konzert des Gesangsvereins „Gutenbergr“, dessen Reinertrag für die arbeitslosen Kollegen als Weihnachtsgabe bestimmt ist. Die momentan laufende Statistik erlaube er, soweit dies noch nicht geschehen, ihm ordnungsmäßig ausgefüllt zu werden. Er machte sodann Mitteilung von der frischen Entlassung der Belegschaft der nationalsozialistischen Tageszeitung „Rheinwacht“ infolge deren Verbots auf vier Wochen. Diese sogenannte Arbeiterpartei warf die in Frage kommenden acht Kollegen einfach auf die Straße, ohne sich weiter um die tarifliche Kündigungzeit zu kümmern, oder sonstige Sorge um ihre eigenen Arbeiter zu machen. Gewiß auch eine Illustration zu ihrem Titel „Arbeiterpartei“. Selbstverständlich wurden die betreffenden Lohnbeträge beim Arbeitsgericht eingeklagt, und der Termin in dieser Sache ist schon anberaumt. Arbeitersekretär K o n r a d A r n d t erhielt nun das Wort zu seinem Vortrag: „Die Gewerkschaften im Kampf gegen die Reaktion“. Er verstand es, inesselnden Ausführungen den Wegengang der Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung, angefangen vom Zustimmens bis auf den heutigen Stand, zu zeichnen und die Ertrugenschaft der Arbeiterschaft aufzuzeigen, die es heute zu sichern gelte. Die Reaktion, verkörpert in den verschiedensten Organisationen, verusche gerade jetzt, mit äußerster Kraftentfaltung das Rad der Zeit zurückzudrehen, und da sei es an der Zeit, die nötige Energie aufzubringen. Es werde in Kürze Gelegenheit sein, sich in entsprechender Weise zu organisieren bzw. zu formieren. Die Besammlung folgte aufmerksam den Ausführungen und bezeugte durch die Disziplinierung ihre zunehmende Auffassung. Der Vorsitzende machte nunnmehr Mitteilungen von der Lohn-tarifkündigung der Prinzipale, die jedenfalls erfolgt sei, um auch teilzuhaben an der Abbaumanie des gesamten Unternehmertums. Es setzte eine lebhafte Aussprache über diese Angelegenheit ein, die zum Ausdruck brachte, daß die Wiesbadener Buchdruckergehilfenfchaft erwartet, daß dieser Versuch des Unternehmertums nicht verwirklicht wird, sondern mit dem schärfsten Kampfmittel abgewehrt wird. Kollege S c h ä f e r schloß die Besammlung mit der Aufforderung, sich in Zukunft noch aktiver an Organisationsleben zu beteiligen.

Würzburg. (Handfächer.) Zu Beginn untrer B e r s a m m l u n g am 7. November begrüßte Vorsitzender K o t t m a n n den Referenten Herrn Verwaltungsoberinspektor W. R e i t h vom sächsischen Arbeitsamt. Einigen Vereinsmitteilungen wies er besonders darauf hin, wie notwendig es gerade in der heutigen Zeit ist, sich der Handfächerpartei anzuschließen. Die Besichtigung des Marianenhilf-Gebäudes, in dem besonders die alten Drucke und die Tropensammlung sehr interessierten, löste bei den Besuchern, die in einer Zahl von 40 Mann erschienen waren, allgemeine Befriedigung aus. Sehr anerkannt wurde auch die überaus höfliche Führung. Den Hauptpunkt des Abends bildete das Thema „Die Arbeitslosenversicherung“. Herr R e i t h führte uns in nahezu zweistündigen Ausführungen durch die ganze Materie und behandelte dabei der Reihe nach ausführlich die Anwartschaft, die Wartezeit und die Arbeitslosenversicherung. Er zeigte uns an Hand von Gesetzen, daß die Arbeitslosenversicherung Klauseln enthält, die für den Arbeiter nicht von Vorteil sind. Reicher Beifall dankte dem Referenten für seinen sehr interessanten Vortrag. Auch an dieser Stelle sei Herrn Reith nochmals herzlich gedankt. Der nächste Punkt brachte die Stellungnahme gegen den Maternmißbrauch. Die Vorstandschaft hat an alle Geschäftsleiter ein Rundschreiben gehen lassen mit der Aufforderung, ferner von Maternherstellung für andre Zeitungen abzulehnen. Von einigen großen Geschäften haben wir auch die Zusage erhalten, daß ihre Inserate in Zukunft gestellt werden sollen. Die Besammlung erklärte sich mit den Schritten der Vorstandschaft einverstanden. Nach einer regen Debatte, der noch einige Mitteilungen folgten, fand die Besammlung ihren Abschluß.

Allgemeine Rundschau

Rachmenswertes Beispiel. Aus Anlaß des 100jährigen Bestehens des Bezirksamtsblattes „Der Eng-Vote“ (Besitzer W. W i m m e r s h o f) in B a i t h i n g e n a n d e r E n z am 1. Dezember wurde das gesamte Personal (17 Personen) mit namhaften Geldgeschenken bedacht. Dies ist um so anerkennenswerter, als bereits vor vier Jahren zwei Kollegen für 25jährige Betriebszugehörigkeit in gleicher Weise geehrt wurden. Abends fand in größerem Rahmen eine würdige Feier statt.

Rärm um die Frakturzeitschrift. Zur Abwehr einer scharfen, aber ungerechtfertigten Polemik gegen den Bildungsverband der Deutschen Buchdrucker überlände die Schriftleitung der „Typographischen Mitteilungen“ der gesamten Fachpresse folgende Zuschrift: „Im Fachblatt für das gesamte Fachzeitschriftenwesen, die Fachpresse“ (Oktober 1930), hat im Verlag der Gebrüder K a n z in Dietrichshelm a. d. Jiler erscheint, ist ein Aufsatz von Herbert Seifhouboldis enthalten, der sich mit dem Kampf gegen die Frakturzeitschrift befaßt und die Überchrift trägt: Rärm um die Frakturzeitschrift! In diesem Aufsatz werden Behauptungen bezüglich des Bildungsverbandes der Deutschen Buchdrucker aufgestellt, die jeglichen Beweises entbehren und geeignet sind, das Ansehen und die Bestrebungen dieser Kulturorganisation zu schädigen. Die Ausführungen des Verfassers beweisen, daß er über die Ziele und die Arbeit des Bildungsverbandes völlig im unklaren ist. Stets ist der Bildungsverband für Fraktur u. n. d. Antiqua eingetreten, in diesen seiner Ortsgruppen ist die Aufstellung. Die deutsche Schrift“ gesetzt worden, wie auch in zeitlichen Schriftzeitschriften und in seinen Zentren selbstverständlich alle Schriftarten gelehrt werden. Das hindert natürlich nicht, in den Zeitschriften des Bildungsverbandes die Antiqua anzuwenden und das Vorbringen der Antiqua als Welkleiter zu registrieren. Unter den 50 besten Büchern des Jahres 1929 waren drei der Bühlergilde Gutenberg, einer Institution des Bildungsverbandes; von diesen drei Büchern war eins in Fraktur. Was der Verfasser sachlich zu dem Rärm um die Frakturzeitschrift“ zu sagen hat, zeugt gleichfalls von wenig Kenntnis in diesen Fragen. Singu kommt ein überheblicher Ton, der einem vor zwei Jahren „ausgeleiteten“ Jünger der schwarzen Kunst schlecht ansteht. Die vielen Irrtümer in seinem Aufsatz zu widerlegen, erübrigt sich für den Bildungsverband der Deutschen Buchdrucker. Ihm ist es bekannt, daß der Verfasser auch in andern Zeitschriften gegen die Buchdruckergehilfen in ausfallender Weise polemisiert hat, indem er ihnen die technischen Kenntnisse allgemein abspricht; ihre Arbeiten haben aber ein viel maßgebenderes Urteil erhalten durch den Reichskunstwart Dr. Redstob, der sich über die fachliche Erziehungsgarheit des Bildungsverbandes aus dessen Stücken lobend äußert hat. Dem jungen Verfasser, dessen Finger ausnehmend durch seine mehrmalige Ablehnung seiner Aufsätze verpöht ist, möge seine eigenen Worte mit auf den ferneren Lebensweg gegeben werden, die er zum 1. Mai 1928 als Jungbuchdrucker Herbert Seifhouboldis (Hamburg) in der Zeitschrift der Lehrlingsabteilung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker geschrieben hat: „Freiwillig, wohl einen Teil des Weges geht jeder einseitigen Weg zu seinem eignen Ich, und doch — und dieses ist das Besten — je tiefer er in die Erkenntnis seines Ichs hineinkommt, desto mehr geht er den Weg, der zur Gemeinschaft und mit ihr führt. Das heißt, nur durch das Schicksalfinden wird er im tiefsten Sinne erkennen, daß er für sich allein als Einzelwesen noch nicht Erfüllung sein kann.“

Über den Weltverbrauch an Zeitungspapier. Der jährliche Weltbedarf an Zeitungspapier wird auf etwa 6 Millionen Tonnen geschätzt. Die Nachfrage nach Zeitungspapier ist überall in gewaltigem Steigen begriffen. Da zur Herstellung einer Tonne Zeitungspapier über 3 Tonnen Holz benötigt werden, werden jährlich rund 18 Millionen Tonnen Holz gebraucht. Der natürliche Ersatz dieser gewaltigen Menge bedarf eines Entwicklungszeitraumes von 60 bis 100 Jahren. Da also eine vorzügliche Aufforstung der gegenwärtig lebenden Generation keinen Ersatz bietet, muß mit einer Verknappung des Rohstoffes für Zeitungspapier gerechnet werden. Nach einer Berechnung wird der noch gegenwärtig zur Verfügung stehende Waldbesitz in etwa 30 Jahren aufgebraucht sein. Man sieht sich bereits nach Ersatzmitteln für die Papierherzeugung um. Aber besser noch als die Umschau nach Ersatzmitteln wäre die Erschließung unverbrauchten Waldbesitzes. Hier kommen vor allem Länder wie Rußland, China und die Türkei in Frage. Dort sind noch große Gebiete unerforschten Waldbesitzes, die eine Krise in der Herstellung von Zeitungspapier vorläufig verhindern können.

Neue soziale Notwendigkeiten. Unter diesem Signum erörterte kürzlich Professor Dr. von Eardt in der „Bosstischen Zeitung“ das Problem „Arbeitsfreude und Freizeit“. Es ist kein Geheimnis, daß die Arbeitsfreude im allgemeinen nicht besonders hoch im Laufe steht infolge der unhumanen Behandlung der Arbeitsmenschen und der vielfachen Schikanen, denen sie infolge der Rationalisierung ausgesetzt sind. Auf diese Dinge wies der genannte bürgerliche Gelehrte in freimütiger Weise wie folgt hin: „Man erfand das System der Erparnis am Arbeitslohn und stellte, soweit wie möglich, neue Maschinen ein. Dann wechselte man, oft rigoros und unhuman, Schichten der Arbeiterschaft aus, entließ alte Arbeiter, verjüngte die Belegschaft, stellte zahlreiche Arbeitsprozesse auf ungelernete Arbeiter um und verringerte den Apparat der Verwaltung. Dann legte die Lohnentzugsaktion ein. Was aber nun? Der Augenblick kommt, wo an der Arbeitszeit ebenfalls verändert werden kann, wie an dem bis zu einer bestimmten Grenze gesunkenen Lohn. Das Ende der Rationalisierungsepoche steht bevor. Man hat sich festgesetzt und steht in Zwangslage. Weitere Arbeiterentlassungen und Produktivitätssteigerungen sind nicht tragbar. . . Gewerkschaften und Sozialdemokratie kämpfen, ebenso wie der sozialistische Katholizismus, um die Erhaltung und Wiederherstellung der Arbeitsfreude. Vom völlig gleichgültigen, abgetunten lustlosen Wertaktigen könne, sagt man, nicht erwartet werden, daß er eine so mechanisierte und uninteressante Tätigkeit immer noch steigere. Außerdem verbrachte man ihn, menschlich sowohl wie als Arbeitskraft, so schnell, daß alles geschehen müsse, um ihn zu retten. Aber sind die Verhältnisse nicht doch zu drückend, die Wirklichkeit der Mechanisierung so offenbar, daß Hoffnungen, Wünsche und Illusionen nicht mehr vertreten werden können? Sieht man die Arbeitsmenschen verschiedener Schichten im Bergwerk, Tiefbau, Maschinenfabriken oder was es sei, in großen Kauf- und Handehlshäusern, näher an, dann kann nach der überwiegenden Meinung der in ihm tätigen Menschen selbst von einer Arbeitsfreude ernsthaft nicht die Rede sein. Ganz abgesehen davon, ob mechanische Arbeitsleistung überhaupt einen Wert in sich selber, für den angestrengt Tätigen tragen kann, unsere Massen empfinden ihn eben nicht mehr, sondern kennen höchstens noch „Lohnfreude“ und denken primär und überwiegend an die Zeit nach der Arbeit.“ Auf die ungeheure Bedeutung hinweisend, die das Freizeitproblem umschließt, sagte Professor Dr. von Eardt dann weiter: „Wird der Arbeiter nun einmal körperlich und geistig bis zur Ermattung angegrenzt, oder, was, so paradox es klingt, ähnliche Resultate zeitigt, durch zu geringe Kurzarbeit oder langjährige Erwerbslosigkeit entnervt, so wird es zur Aufgabe von Staat und Gesellschaft, in ganz andern Maße wie bisher, für die Entspannung, Erholung, Anregung der Wertaktigen zu sorgen. Die deutsche Sozialpolitik hat Außerordentliches geleistet, aber sie hat die vor ihr Vertreten nur vor der schlimmsten Ausbeutung bewahrt, sie im Betrieb zu schützen, nach Verbrauch ihrer Kräfte freigegeben zu erhalten verlust. Für eine Wiederherstellung der sich täglich abnutzenden Arbeitskraft hat sie bisher noch so gut wie nichts tun können.“ Selbst bürgerliche Kreise sehen nachgerade ein, daß es noch manches in sozialpolitischer Hinsicht zu tun gibt. Wenn die Rationalisierungsperiode zu Ende geht, wird man feststellen müssen, daß sie mehr Schaden als Nutzen gestiftet hat, weil die Seele des Arbeitsmenschen erlöset wurde. Dann dürfte es die höchste Zeit sein, darüber ernstlich nachzudenken, wie der Schicksal der Arbeiterschaft und damit die Arbeitsfreude durch günstige Ausgestaltung der Arbeitsbedingungen gefördert werden kann.

Lohnender Preisabbau. Es nützt nichts, wenn in den Wertkonsumantien des größten Eisen- und Stahlwerks der Welt, bei den Vereinigten Stahlwerken, eine ganze Anzahl von Waren zu und unter Einkaufspreis verkauft werden. Wie zweifelhaft dieses Experiment ist, beweisen diejenigen Unternehmer, die sich diesem Versuch, einen allgemeinen Preisabbau vorzutauschen, nicht angeschlossen haben. Die Generaldirektoren der Vereinigten Stahlwerke, die von vornherein mit der Gründung der Wertkonsumantien, bestimmte Pläne verfolgten, kalkulieren gegenwärtig so, daß der Preisabbau den Lohnabbau „rechtfertigen“ soll. Ist dieser durchgeführt, dann werden die Preise wieder auf die frühere Basis gebracht, die nicht um einen Bruchteil besser gelegen hat wie bei der Befruchtung durch den Preisaustausch. Das Ganze ist dann für die Industrie ein lohnendes Geschäft gewesen. Wenn sie auch jetzt mit „Verlust“ arbeitet, so ist, wenn es ihr gelingt, den Lohnabbau unter Hinweis auf die gesunkenen Lebensmittelpreise durchzuführen, die Sache ein großer Preisabbau für sie gewesen. Man gibt, wie man das in den Wertkonsumantien öfter durchgeführt, den Arbeitern und Angestellten ein Butterbrot, das einige Tausend kostet, wofür man Millionen wieder einstreicht.

Abnahme der Konzerte. Im Monat November wurden 829 Konzerte und 407 Vergleisverfahren eröffnet. Die entsprechenden Zahlen für den Vormonat stellen sich auf 841 bzw. 480. Die Wirtschaftskrise hat sich mithin nur auf dem Arbeitsmarkt so scharf ausgewirkt. Die überlegte Zahl der Geschäfte erfährt nur eine verhältnismäßig geringe Abnahme.

Die Kinofische in Deutschland. In den letzten Jahren hat die Filmindustrie manche Umstellungen erfahren. Der Tonfilm hat sich fast reiflos durchgesetzt. Das neue Jahr-buch der Filmindustrie enthält Zahlen, die den ununterbrochenen Aufstieg der Filmwirtschaft zeigen. Im Jahr 1929 ist eine Steigerung der Kinofische von 4908 auf 6078 und die der Plätze von 1,88 auf 1,95 Millionen festzustellen. Die Zahl der Sitzplätze hat also selbst in einem Krisenjahr um 70 000 zugenommen. Besonders haben sich die Großtheater mit mehr als 1000 Sitzplätzen vermehrt. Bis Juni 1930 sind 63 Tonfilme mit einer Gesamtlänge von 167 000 Metern auf den Markt gekommen. Rund 60 Proz. stammen aus dem Inland. Der Jahresumsatz der deutschen Stillspieltheater wird auf Milliarden geschätzt.

Internationale Hygieneausstellung in Dresden 1931. Das Deutsche Hygienemuseum in Dresden, das bisher erste und einzige seiner Art in der Welt, hat im Jahre 1930 sein neues Heim bezogen. Zugleich mit seiner Eröffnung war eine große Internationale Hygieneausstellung verknüpft, die einen Querschnitt durch das hygienische Wissen und

